

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **8 (1979)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

### **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminaren und andern höhern Schulen der Deutschschweiz; Auflage 32 000

Adressen: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0) 47 75 30 Postfach 1351, CH-3001 Bern Tel. (0) 31 25 88 05

Inserate: Inserateverwaltung «das Konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0) 47 75 30, PC-Konto 80-36651 Abbonement: pro Jahr Fr. 18.- (Ausl. 22.-), PC-Konto 80-37626



Die drei weisen A...: Nichts gesehen, nichts gehört, nichts zugegeben (v. l. n. r. Heinrich Rothmund, ehemaliger Chef der Polizeiabteilung, Kurt Furgler, jetziger EJPD-Chef, Eduard von Steiger, ehemaliger EJPD-Chef 1941-51).

## «Bild»-Lügen landen auf dem Schweizer Boulevard

### Wenn «Blick» Blut leckt

Von Fredi Hännli

Ringiers «Blick» ist nicht Springers «Bild». Trotzdem übernimmt die einzige Schweizer Boulevardzeitung immer wieder unbesenen «Bild»-Stories. Berichtigt wird nichts, auch wenn (fast) alles erstunken und erlogen ist – wie im Fall des «Vampirs von Sachsenhausen».

«FRANKFURT. – Als Vampir überführte die Frankfurter Polizei den 22-jährigen Gymnasiasten Michael K. Der Bursche hatte 12- bis 15-jährigen Mädchen jeweils Rauschgift verabreicht, ihnen Blut abgezupft und es getrunken.» Diese haarsträubende «Geschichte» wurde am 3. Januar 1979 den 271 000 Käuffern der «unabhängigen Schweizer Tageszeitung» vorgesetzt. Was «Blick»-Leser nie wissen dürfen: Am blutrünstigen Artikel (Schlagzeile: «Vampir-Labor entdeckt») war kein Wort wahr.

#### 100 Prozent erfunden

Der «Vampir» von Frankfurt war eine hundertprozentige Erfindung von Reportern der Frankfurter «Bild»-Redaktion. Unter dem Zwang, die Auflage der Frankfurter «Bild»-Ausgabe mit allen Mitteln an die Spitze des dortigen Zeitungsmarkts zu boxen, machten Springers Schreiber aus einem (wegen eines angeblichen Drogendelikt verhafteten) Schüler ein gewalttätiges Monster. «Bild» hatte Blut geleckt», kommentierte Günter Wallraff im «konkret» (4/79).

Blut leckte auch die Redaktion des «Blicks». Sie wusste, was sie ihrem Verleger schuldig ist. Ohne die Fakten nachzuprüfen, wurde im Rahmen einer – vielen «Blick»-Journalisten peinlichen – regelmäßigen Zusammenarbeit mit dem bundesdeutschen 5,1-Millionen-Revolverblatt auch der «Vampir» auf die «Aktuell»-Seite geknallt.

#### «Die richtige Mischung»

«Wie machen wir Blick?» fragt Walter Bosch, der Ende 1977 gegen den allzu «politischen» Fridolin Luchsinger ausgewechselte Chefredaktor, in einem internen Redaktionspapier. Der frühere «Anabelle»-Chef gibt die Antwort: «Das Rezept ist einfach. Es braucht zwei Zutaten: der Mensch im Mittelpunkt und die richtige Mischung.» Und beim «Vampir» war die «Mischung» offensichtlich richtig: Gewalt («Polizei fand literarische Blut»), Sex («er missbrauchte die minderjährigen Mädchen auch sexuell»), Drogen («Rauschgift verabreicht»). Zwei weitere unabdingbare Zutaten wurden am folgenden Tag, dem 4. Januar, im «Blick» dazugemischt: Tiere («Vam-

pir trank früher Ochsenblut») und Familie («unter dem Weihnachtsbaum hat Michael K. sein Geheimnis preisgegeben»).

#### Wieder freigelassen

Die Fakten (nach Wallraff/konkret): Am 30. Dezember 1978 wurde ein junger Mann, der eine Schule für drogengefährdete Jugendliche besuchte, unter Verdacht eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz verhaftet. Bei der Festnahme fand die Polizei in seiner Wohnung mehrere Ampullen mit Blut und Spritzen.

Was schliesslich nach kurzer Untersuchung, die mit der Freilassung des 22-jährigen Abiturienten endete, übrig blieb: Fünf schon ziemlich ausgetrocknete (und deshalb als Drogen kaum wirksame) Coca-Blätter, vier Gramm Gras, Tabletten (nicht unter das Drogengesetz fallend), eine Flasche mit 200 Milliliter Blut, das sich der an Lebensmittelchemie

schaffen, in die von der Polizei vernagelte Wohnung des «Vampirs von Sachsenhausen» geschickt. Sie drückten die Wohnungstür ein und entwendeten sechs ihnen für weitere blutrünstige «Bild»-Stories geeignet scheinende Privatphotos. Die beiden auf der Redaktion von ihren Auftraggebern mit einem kleinen Sekt-Umtrunk empfangenen «Bild»-Besucher gingen darauf mit ihren Trophäen bei Kollegen hausieren. Der Einbruch flog auf. Bei einer Hausdurchsuchung auf der «Bild»-Redaktion – von einem mutigen Staatsanwalt angeordnet – wurde die Kopie eines Gedächtnisprotokolls des Einbruchs sichergestellt. Es war süberlich zerrissen und auf mehrere Papierkörbe verteilt worden.

#### 14 «Bild»-Täter angeklagt

Der Frankfurter «Bild»-Chef Lothar Schindlbeck – von Ex-«Bild»-Reporter Günter Wallraff in «Der Aufmacher» als Bremer Redaktionsleiter «Thomas Schwindmann» beschrieben – blieb anderthalb Tage verschollen, bevor er sich mit einem Geständnis bei der Polizei meldete. 14 «Bild»-Täter wurden in der Folge wegen Einbruchs oder Hausfriedensbruchs oder schweren Diebstahls oder der Verletzung von Persönlichkeitsrechten oder des Verdachts auf Anmischung oder Rufmords oder Verleumdung oder allem zusammen angeklagt.

«Bild» behandelte den Vorfall nur am Rand. Unter dem Titel «Polizei mit Pi-

## Wie sich die Regierung die Nazi-Greuel auf Distanz hielt

### Was ich nicht weiss – oder: Der heilige Egoismus

Die Schweiz war während des Zweiten Weltkriegs nicht besetzt. Doch den Anklagen eines «Holocaust» kann auch unser Land nicht entgehen. Vor allem nicht unsere Regierung, die mit ihrer restriktiven Flüchtlingspolitik viel Elend zumindest nicht vermieden hat – angeblich weil sie nicht wusste, «was sich drüben im Reich abspielte». Wie stellt sich der heutige EJPD-Chef Kurt Furgler zu den inzwischen unhaltbaren Ausflüchten seiner Kollegen von Steiger und Rothmund, die Regierung habe «es» nicht gewusst?

#### Was wusste man in der Schweiz während des Krieges über das Los der Juden unter den Nazis?

Ich glaube, man muss unterscheiden zwischen der Regierung einerseits und der öffentlichen Meinung andererseits.

Aufgrund der Dokumente, über die man verfügt (interne Dokumente über das Justiz- und Polizeidepartement, veröffentlicht im

probleme im September 1942, haben sich verteilte Stimmen gegen die Schliessung der Grenzen erhoben.

#### Warum war es dann nicht möglich, die Politik des Bundesrats umzubiegen?

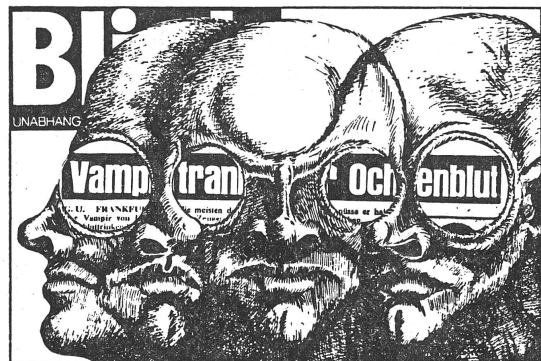
Der Bundesrat hat sich auf seine Vollmachten und auf den Konsens unter den drei Regierungspartnern (freisinnig-demokratische Fraktion/Katholisch-Konservative Partei [heute CVP]/Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei heute SVP) abgestützt.

#### Und wie hat sich die Regierung gerechtfertigt?

Von Steiger (Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Inneren von 1941–1951) hat eine sehr ausführliche Rechtfertigung verfasst, in welcher er zwar einige Irrtümer zugestehet, sich aber damit verteidigt, er sei schlecht informiert gewesen, das Landesinteresse sei über dem Flüchtlingsproblem gestanden, es habe eine Art heiligen Egoismus gegeben, der für das Überleben des Landes unerlässlich gewesen sei. Was die machthabenden Parteien betrifft, welche die Politik des Bundesrats unterstützt haben, haben diese meines Wissens noch nie die Notwendigkeit verspürt, sich zu rechtfertigen. Man muss auch sagen, dass die Köpfe nicht mehr die gleichen waren. Der Bundesrat ist 1944 erneuert worden, und die Politiker der Kriegszeit sind sehr schnell von der Bühne verschwunden.

Man hat manchmal den Eindruck, wenn die Probleme nicht dazumal mit der Öffnung der deutschen Archive durch die Alliierten aufgedeckt worden wären, wüsste man heute noch nichts über die Flüchtlingspolitik in der Schweiz. Es gibt eine Art, die neuere nationale Geschichte unter Verschluss zu halten, welche die Nachforschungen schon sehr schwierig gestaltet.

#### Siehe unsere Dokumentation auf den Seiten 6 und 7.



interessierte K. zwecks Blutgruppenbestimmung abgezupft hatte (zum Vergleich: Beim Blutspenden werden 500 Milliliter Blut entnommen).

#### Aufgemotzte Lügen

Die von «Bild» aufgemotzten Lügen über den «Blutsauger bei Vollmond und Kerzenlicht» wurden von «Blick» getreulich nachgedruckt. «Plötzlich begann der ehemals Drogensüchtige mit dem dünnen Bart zu berichten: Er sei früher Metzgerlehrling gewesen und habe immer Ochsenblut getrunken. Jetzt müsse er halt Menschenblut trinken.» K. hat nie ein Metzgerlehre gemacht und noch nie Blut getrunken. Auch musste er sich nicht «wegen Körperverletzung und Verführung Minderjähriger verantworten», wie «Blick» behauptete. Der Einfachheit halber liess «Bild»/«Blick» mangels konkreter Beweise «die meisten minderjährigen Zeugen» – sie existierten auch nicht – «noch in den Schulfertien» bleiben. Ein im Treppenhaus vor K.s Verhaftung gesichteter «ganzer Kessel verschimmelten Menschenblutes» («Blick») war in Tat und Wahrheit ein Kübel mit roter Lackfarbe.

#### Statt Blut – ein Sekt-Umtrunk

Doch nicht genug: Zwei «Bild»-Redaktoren wurden mit dem Auftrag, zum Fall Michael K. Photomaterial zu be-

stolen gegen «Bild» empörte sich die grösste Zeitung Europas, die immer dann nach der Polizei ruft, wenn es gegen angebliche «Staatsfeinde» geht, über die ganz normale Hausdurchsuchung. «Was war geschehen?» fragten Springers Schreiber scheinheilig. «War in unseren Frankfurter Redaktionsräumen der Sturz der Republik vorbereitet worden? Hatten sich Terroristen eingenistet? Lag ein Zentner Heroin rum? Sass ein Massenmörder im Schrank. Der Anlass war winzig: Es ging um die Beschaffung von Photos eines Drogentäters.»

#### Hausfriedensbruch kein Verbrechen

«Winzig» fand man den Anlass auch bei «Blick». Im «Blick»-Archiv, in dem die Rubrik «Verbrechen» ganze Bände füllt, fehlt der Tatbestand des Hausfriedensbruchs gänzlich. Weder über Einbruch noch über die zuvor verbreiteten Unwahrheiten verlor das Massenblatt eine Zeile. Ein «Blick»-Macher zum «konzept»: «Berichtigungen bringen wir nur, wenn man eine neue Geschichte draus machen kann.» Bosch: «Unser Leser interessiert sich für alles, was auch uns interessiert.» Die eigenen Unzulänglichkeiten sind nicht erwähnenswert. Sie würden den Leser nur verunsichern. Laut Boschs credo («Die Zeiten von 'Blick' drü – chunsdn hochst vorbe») hat die Redaktion «ein Höchstmass an

#### Hat es viele Interventionen zugunsten einer Erweiterung der Aufnahmepolitik für Flüchtlinge gegeben?

Ausserordentlich viele. Zahlreiche Gruppierungen haben eine grosszügigere Asylpolitik verlangt, christliche und auch gemeinnützige Organisationen. Selbst in den eidgenössischen Räten, in der Debatte über Flüchtlings-

Dieses Interview wurde in Auszügen aus dem «Tout va bien» 21/79 entnommen und übersetzt.

#### innerer Pressefreiheit zu schaffen, indem sie den Wert von «Blick» als Werbeträger durch tägliche erstklassige journalistische Leistung und Blattgestaltung laufend erhöht.

Zweifelloso: «Blick» kann nicht mit «Bild» in einen stinkenden Kübel geschmissen werden. Doch klappt zwischen dem seriös-journalistischen Anspruch und der alltäglich gedruckten Wirklichkeit ein tiefer Graben, der durch Stress, Produktionszwang und das «neue» Boulevard-Konzept der Konzern-Oberen

nach weiter aufgerissen wird. «Wir sind keine Richter», heisst es in dem internen «Blick»-Papier. Und weiter: «Auf gar keinen Fall dürfen Formulierungen gewählt werden, die eine Person herabsetzen oder verächtlich machen könnten. Vor allem, wenn diese Person wehrlos ist.»

#### Berichterstatter und Richter

Dieser wohltonende Grundsatz wurde mit dem Abdruck der – in Zürich umge-

Fortsetzung auf Seite 2

Jugendliche zu ihren Problemen: «Wir können die Welt nicht mehr ändern. Oder doch?» Seite 3
Verhütung: Wann kommt die Männerpille endlich? Seite 4
Theologie der Befreiung in Lateinamerika Seite 5
Zur Holocaust-Diskussion, «das Konzept» dokumentiert: Die Schweizer Regierung hat von den Nazi-Greueln seit 1942 gewusst Seite 6 + 7
Eine Welt voller Waffen: Das Märchen von der weltweiten Abrüstung Seite 12

**mai zitig**

Wer sich die Mai-Zitig 1979 noch nicht unter den Nagel gerissen hat, verpasst

- die Analyse der Politik der SP der letzten fünf Jahre (und da hat's einen Wechsel gegeben)
- ein Umschlaginnenseiten-Poster von Mario Grasso
- eine Photo-Bildergeschichte zum Thema Frauenarbeit
- Argumente gegen das Finanzpaket II, wüber wir am 20. Mai abstimmen, und für die SP-Bankeninitiative

Ich bestelle . . . Ex. Mai-Zitig 1979. Name und Adresse auf Zeitungsrund. an: «das Konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

ASERAT

**Asilah**

Ferien und Festival

Treffpunkte für junge Leute aus Europa und Afrika.

**SSR-Reisen**

Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn Telefonnummern 01/244 31 31

**anders als anders**

Reisen für junge Leute.



## Hallo Masse: Wir warten!

«Wer macht unsere Revolution?», von Oskar Scheiben. In Nr. 4/79

Kapitalismus wurde von der Linken vor allem im Zusammenhang mit Verelendung und Ausbeutung studiert. Schwieriger ist's geworden mit dem Kapitalismus in relativem Wohlstand. Auch wenn die Schweiz diesbezüglich ein Sonderfall ist, in der 3. Welt und anderswo in Zusammenhang mit unserem Wohlstand verhungert und hart gearbeitet wird, die Verteilung des Wohlstands auch in der Schweiz selbst höchst ungleich ist: als Schweizer und speziell als Linker in der Schweiz muss man der Gegebenheit des nun doch schon länger andauernden Wohlstands, d. h. des Fehlens von ökonomischer Not, auch einmal «nationalistisch» ins Auge sehen, damit verbundene neue Bedingungen aussprechen (möglichst unzweifelhaft) und das Problem der Revolution nicht einfach exportieren, sondern auch im eigenen Land begreifen.

### Der Schein technischer Rationalität

Der moderne arbeitsteilige Wirtschaftsprozess ist nicht mehr klassisch kapitalistisch in dem Sinn, dass dessen Barbarei auf die Elemente Privateigentum, persönliche Kommandogewalt, Ausbeutung nackter Arbeitskraft etc. rückführbar wäre. Er erscheint vielmehr und existiert im Bewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung als ein natürlicher, technisch-eigen gesetzlicher Zwangsablauf: Organisation von vernünftiger, wenn auch zunehmend lebensfeindlicher Effizienz schlechthin. Diese Organisation von Effizienz scheint mit gefühlten oder gewissen gesellschaftlichen Einzelinteressen weitgehend zusammenzufallen und gar nicht mehr wegräp- umdenkbar zu sein. Die Erscheinungsform des entwickelten, arbeitsteiligen Kapitalismus, sein Doppelgewand sozialer Unvernunft und technischer Vernunft, ist für das Bewusstsein der Lohnabhängigen von entscheidender Bedeutung: Nicht das Sein, sondern der Schein des Seins bestimmt das Bewusstsein!

### Integration durch Wohlstand

Entwickelte Kapitalismus produziert einen respektablen mittelmässigen Wohlstand auch für den durchschnittlichen Lohnabhängigen. Der kapitalistisch mögliche und partnerschaftlich ausgehandelte Lebensstandard hat objektiv Entschädigungs- und Konfliktvermeidungscharakter: Er dient als Kompensation für eine der Mehrheit versagte Selbstbestimmung ihres Lebens und Entfaltung der Persönlichkeit. Er funktioniert als Entgelt für faktisch ausgeschlossene Transparenz und Partizipation des Bürgers an all den seine Lebensbereiche direkt betreffenden Entscheidungsprozessen. Die Befriedigung primärer materieller Bedürfnisse sichert heute politische Loyalität der Bevölkerung, wenn auch zunehmend nur noch passiv durch Politikabstimmung.

### Die Rolle der Wohlstandsideologie

Die erfolgreiche Integration durch «Materielles» erfolgt aber keineswegs automatisch, ähnlich einem Naturgesetz. Sie basiert auf der anhaltenden Dominanz der Wohlstandsideologie über die Lohnabhängigen, woran deren traditionelle Organisationen eine Hauptverantwortung tragen:

Erstens zeichnet sich diese Ideologie ja gerade aus durch das Fehlen von Perspektiven und Vorstellungen von Freiheit und Mündigkeit nebst berechtigten, weil primären materiellen Bedürfnissen. Fortschritt wird vor allem verstanden als Befreiung von ökonomischer Not, gemessen an materieller Wohlfahrt, ja gerade definiert als ausreichende Ansammlung und Sicherung erwünschter Güter und Dienstleistungen. Was einmal, nämlich zu Zeiten eines ökonomisch weniger entwickelten Kapitalismus, historisch berechtigt und zugleich revolutionär war, wird unter den heutigen Bedingungen relativen Wohlstands in der Schweiz zunehmend reaktionär und leistet der Inte-

gration auf Kosten wahrhafter Emanzipation Vorschub.

Zweitens beinhaltet die Wohlstandsideologie die auch in der traditionellen Linken weitverbreitete Vorstellung, dass wirtschaftliche und sozialstaatliche Wohlfahrt letztlich nur auszubauen und zu sichern sei durch Mühsing in Sachen sozialer und politischer Befreiung. Diese erscheint in dieser Perspektive notwendig begrenzt durch die Erfordernisse einer quasi wertfrei und naturgesetzlich verstandenen Effizienzlogik der Produktion, aus welcher die angestrebte materielle Sicherung schliesslich zu resultieren hat. Damit aber wird bei den Lohnabhängigen ein Bewusstsein gefördert, welches die Verhältnisse des modernen Kapitalismus zunehmend als technisch unabänderlich begreift, deren Infragestellung automatisch mit materiellen Einbußen zu bezahlen sei. Auf diese Weise wird im Bewusstsein genau jener Schein noch verfestigt, den der moderne

Gleichsetzung von Emanzipation und Unordnung, Freiheit und krisenhaftem Rückfall in materiell schlechtere Zeiten. Dieses propagandistisch immer wieder geschürte Angstsyndrom hat denn auch schon oft zur Ablehnung fortschrittlicher Vorlagen durch das Volk massgeblich beigetragen.

### Die Lektion von 1968

Der Aufbruch 1968 von Teilen der ersten Nachkriegsjugend hat exemplarisch und für kurze Zeit das kapitalistische System an seinen schwachen Stellen unter Bedingungen relativer materieller Sicherung zu treffen vermocht: im Ausbruch aus der Wohlstandsideologie, im Protest gegen die Entschädigungs- und Surrogatpolitik selber, in den auch praktisch (zumindest versuchsweise) geübten Forderungen nach einem sinnvollerem und selbstbestimmten Leben über das blosse materielle Überleben hinaus.

Exemplarisch deshalb, weil dies auch künftige die schwachen Stellen der kapitalistischen Gesellschaft sind, geht man

und auch heute noch ungleichzeitigen Lager einen Schritt näherzukommen.

### Notwendige Lernprozesse

Es muss einerseits gezielt ein Bewusstseinsbildungsprozess angestrengt werden, der sich gegen ein System ökonomischer und gesellschaftlicher Arbeitsteilung zu richten hat, welches Fremdstimmung, ungleiche Lebenschancen und Zerstörung der Lebensgrundlagen hinstellt als notwendigen Preis für Wohlstand und unvermeidlichen Sachzwang einer effizienten Organisation der Wohlstandsproduktion. Der fetischistische Effizienz muss dazu die Maske scheinbar übermächtiger, bloss technischer Rationalität abgetrennt werden. An ihrer Stelle muss ihr wahrer und veränderbarer Charakter, kapitalistische Rationalität, wieder freigelegt werden. Die Entwicklung der Auseinandersetzungen um die Atomenergie ist ein exemplarisches Beispiel für genau den gemeinten Lernprozess.

Es müssen andererseits und damit zusammenhängend Zielvorstellungen positiv formuliert werden, was denn zur «freien Entfaltung der Persönlichkeit» konkret gehört nebst gesicherten Einkommen, Arbeitsplätzen und verkürzter

Arbeitszeit. Eine emanzipatorische Linke hat zu versuchen, die unter den Lohnabhängigen verbreitete Angst vor der Freiheit abzubauen und an ihrer Stelle Lust und Verlangen nach Freiheit in den konkreten Lebensbereichen zu entwickeln.

Wenn in breiterem Ausmass der Fetisch «Effizienz» ideologisch entzaubert wird, wenn die Phantasiose und das Bewusstsein davon wächst, was Selbstbestimmung übers «Materielle» hinaus inhaltlich bedeuten kann; und wenn vor allem die Erkenntnis sich breitmacht, dass Freiheit nicht mit Wohlfahrt, aber mit kapitalistisch-arbeitsteilig produzierter Wohlfahrt unvereinbar ist; dann erst werden im entwickelten Kapitalismus die wirklichen Kämpfe neuer Qualität um kulturelle und soziale Befreiung auch der Massen überhaupt beginnen können. Dann werden der bisherige Monopolspruch der alten Linken ebenso wie die relative Marginalität der neuen Linken angehört.

Nur wenn diese historisch neue Einheit gelingen wird, müssen die heutigen Machtverhältnisse ernsthaft wanken, werden die «de Gaulles» der Schweiz länger als bloss eine Woche zittern.

Kenneth Angst, Zürich



Aus: La Nouvelle Critique, 11/78

Wirtschaftsprozess von sich aus schon produziert.

Eine zuzusagen tiefenpsychologische Folge solchen Denkens, mit welchem die Funktionäre der schweizerischen Arbeiterbewegung erfolgreich um bessere Bedingungen der Lohnarbeit pokerten, ist die Angst vieler Lohnabhängiger vor ihrer eigenen Aktion, vor ihrer eigenen Befreiung. Denn diese hat ihren tiefsten Grund – nebst andern, objektiv wie Repressionen etc. – in der von der Wohlstands- und Wachstumsideologie über Jahrzehnte repressiv nahegelegten

von der Annahme aus, dass der schweizerische Kapitalismus dank Innovation, Diversifikation, Marktspezialisierung, Finanzplatz, «strukturellen Anpassungen» Krisen grösseren, den Lebensstandard fühlbar senkenden Ausmasses verhindern kann.

Es muss also in praktischer Absicht den Bedingungen nachstufiert werden, unter denen bei der Mehrheit ähnliche Prozesse wie bei den 68ern einsetzen und gefördert werden können, um jener von O. Scheiben geforderten «Koordination und Synchronisierung» der damals

## Warum stehen dem N. Meienberg die Haare zu Berge?

Die Verlagerung unserer Sehnsüchte nach Asien, von Niklaus Meienberg, in Nr. 3/79.

Mit diesem offenen Brief an das «konzept», «focus», «Zeidiens» und «LeserZeitung» nimmt L. Gloor, Mitglied der Schweizerischen Kommunistischen Organisation (SKO) – eine prochinesische Gruppe – Stellung zu Meienbergs Artikel. Sein Brief wurde im «Kämpfer», dem Organ der SKO, ganz abgedruckt. Wir haben ihn um die Hälfte gekürzt.

Lieber Niklaus Meienberg,

Du stehst da wie ein Gelackmeierter. Du kommst Dir verhöhnelept vor. Deine Freunde haben Dich verseckelt. So schreibst Du in der Märzausgabe.

Anlass Deines grossen Schmerzes sind die Ereignisse der letzten Monate in Südostasien. Oder genauer: Der wirkliche Auslöser ist eigentlich nur die chinesische Aktion gegen Vietnam. Wenn ich sage «nur», dann weil weder die militärische Präsenz vietnamesischer Truppen in Laos noch die vietnamesisch/russische Invasion Kampuchea dieser Auslöser war. Ja, wir sind denn die Freunde, die Dich «verseckelt» haben? «Man konnte damals für Vietnam, Russland und China zugleich sein, in der schönen Zeit», sagt Du. Könnte man das tatsächlich, zur Zeit der Vietnambewegung? Ich erinnere mich an kämpferische Demonstrationen gegen die Invasion in der Tschechoslowakei durch die Sowjetunion 1968. Demonstrationen gegen die UdSSR. Und dann, in den letzten Jahren, der Einsatz kubanischer Soldaten unter der Führung sowjetischer «Militärberater» in ganz Afrika, die Unterwerfung Athiens durch die Hilfe eines faschistischen Militärregimes, die Aggression gegen Eritrea, der Putsch in Südjemen, der blutige Staatsstreich in Afghanistan.

Warest Du wohl für all das? Ich keine nicht alles, was Du geschrieben aber es mir auf jeden Fall nicht bekannt, dass Du bei diesen Gelegenheiten Deinen Schmerz über die verseckelten Völker ausgedrückt hättest. Es folgt dann die Verwandlung des befrei-

ten Vietnam in das Kuba Asiens. Die UdSSR unterstützt und ermuntert die expansionistischen Gelüste Vietnams, weil sie ihren eigenen Zielen, die Seeewege vom Pazifik zum Indischen Ozean und die Öltransportrouten zu kontrollieren, entsprechen. Vietnam verkauft sich als Vorposten in Südostasien an die UdSSR und sichert sich die Rückendeckung durch einen mächtigen Schutzherren. Vietnam besetzt Laos, bereitet Subversion gegen Kampuchea, entfesselt einen Aggressionskrieg gegen Kampuchea, um es schliesslich ebenfalls zu besetzen. Gleichzeitig bedroht Vietnam auch Thailand und provoziert die VR China.

Aber erst in dem Augenblick, wo es ein Land wagt, dieser weltwirtschaftslüsternden Politik nicht nur in Worten, sondern auch durch Taten entgegenzutreten, erst als die VR China die vietnamesischen Provokationen zu rückschlägt, da hältst Du es nicht mehr aus, da rufst Du: «Lasset uns (...) die Transparente hervorholen von anno 1968: Gegen die imperialistische Aggression in Vietnam» – und nimmst fangs den vietnamesischen und sowjetischen Standpunkt ein.

Obwohl die VR China von Anfang an eine Verhandlungslösung gewünscht hat, obwohl die VR China eindringliche Warnungen an die Adresse Hanoi erlassen hat, obwohl sie seit da Beginn des Gegenschlags gegen Vietnam den zeitlich und räumlich begrenzten Charakter dieser Aktion erklärt hat, und wie die Realität zeigt, auch Wort gehalten hat (bisher war China noch immer ein Land, das sagt, was es tut, und das auch tut, was es sagt), trotz alledem stellst Du Dich auf die Seite Vietnams, verurteilst einseitig die VR China – wenn auch nicht ganz, weil Vietnam ja doch immerhin Kampuchea besetzt hat, aber eigentlich ja auch wieder nicht, da man ja wegen der Greuelthaten von Pol Pot die Roten Khmer auch nicht verteidigen kann – womit am Schluss halt doch noch am ehesten Vietnam und die Sowjetunion am besten willkommen.

Der Standpunkt Deines Artikels ist eigentlich der, keinen Standpunkt zu haben. Dein Artikel gleicht eher einem Amoklauf, in dem

Du alle und alles mit Dreck bewirfst: angefangen bei der VR China bis zur Bewegung in der Schweiz. Deine Aussage, dass alle in der Schweiz den Sozialismus wünsche, jahrelang auf die asiatischen, exotischen (dringt da nicht etwas Rassismus des «Zivilisierten» durch?) Modelle der dritten Welt gesetzt habe, ist eine Beleidigung für alle hier und tagtäglich gegen Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden Arbeiter, deren Kämpfe tatsächlich in der Schweiz noch nicht gar so spektakuläre Formen angenommen haben, die es aber nicht desto weniger gibt. Du scheinst die Lebensläufe der Arbeiter von Sulzer und Saurer noch immer nicht zu kennen. Du bewirfst ebenso all die anderen Tausenden von fortschrittlichen Menschen, die in Dutzenden von Volksbewegungen, lokal oder regional, in den Städten und auf dem Land, für ihre Rechte kämpfen, mit Dreck, da diese nämlich nicht Träumen nachgegangen haben in diesen letzten Jahren, sondern den Kampf hier und jetzt, mit den Füssen auf dem Boden, aufgenommen haben.

Eigentlich regst Du Dich ab all denen auf, die Stellung bezogen haben, die ob der Entwicklung der Widersprüche nicht ebenfalls in eine Krise kommen, wie offenbar Du, weil sie seit 1968 nicht stehengeblieben sind und seit da nicht nur von Träumen, Sehnsüchten und Wünschen gelebt haben, die wissen, dass die Freunde von gestern nicht immer auch die Freunde von heute oder morgen sind, die aber trotzdem zuversichtlich sein können, weil sie sehen, dass die Freunde zunehmen.

Ich gebe gerne zu, dass die Ereignisse in Südostasien viele Diskussionen ausgelöst haben. Tatsächlich verfolgt viele von uns in den letzten Jahren die Entwicklung Vietnams viel zu wenig. Viele waren und sind etwas durcheinander, verstehen gewisse Dinge nicht mehr. Darüber muss eine Auseinandersetzung geführt werden, um unsere Ideen, die Ideen in den Köpfen der ehemaligen antimperialistischen Bewegung, zu klären.

Dein Beitrag trägt aber gar nichts zu einer Klärung bei – im Gegenteil.

Luciano Gloor, Zürich

## Falsches Rezept

zu: Leserbrief von R. Zeyer in Nr. 4/79 zu N. Meienberg in Nr. 3/79.

Ich habe gehofft, auf Semesteranfang endlich einmal mit einem Artikel von René Zeyer einigermassen einverstanden sein zu können. Da ist aber leider wieder nicht der Fall. In Bezug auf Meienbergs Aussagen zum Indochinakonflikt wirkt er diesem vor, sich um jede Analyse der Vorgänge in Asien zu drücken, was doch eigentlich die Aufgabe von uns Intellektuellen wäre, um dann in der Folge eine bis in die tiefsten Sphären der Erkenntnis vordringende «Analyse» der Konfliktsituation zu liefern. Hoffentlich ist wenigstens Zeyer selbst davon überzeugt. In der Art eines Kochbuchsrezepts gibt er uns eine sieben Punkte umfassende Globalklarung zum vietnamesisch-chinesischen Konflikt ab: Man stelle fest, dass sich auch zwei kommunistische Staaten – die übrigens Ihre «Entscheidungen» nach dem Prinzip der sozialistischen Demokratie fällen – in die Haare geraten können, fikt noch bei, dass dies den Ursprung selbstverständlich nicht in persönlichem Profitstreben haben kann, da ja die Produktionsmittel verstaatlicht seien, und garniert das Ganze mit der Blankoentschuldung, dass unmarxistisches Handeln und Irrtum, halt trotzdem nicht ausschliessbar seien, so nach dem Motto: Wenn das Essen nicht gut ist, kann es nur am Koch liegen. Könnte es nicht auch sein, dass das Rezept nicht stimmt? Ich möchte mir nur zwei Fragen erlauben. Was ist es anderes als das Profiteurdenken, das die Vietnamer ganze Industrieanlagen in Kambojscha abhandeln und ins eigene Land schaffen lässt? Und zweitens: Ist auch nur ein einziger dieser Reisaubruer, die seit Jahrzehnten nichts anderes als Krieg kennen, nach dem glorieichen Prinzip der sozialistischen Demokratie, gefragt worden, ob er schon wieder Lust hätte, wegen eines Kriegs in Kambojscha sein Leben zu riskieren? Vielleicht sollte sich René Zeyer einmal überlegen, ob die Arroganz, die er Meienberg wegen seines Eingeständnisses der Enttäuschung über die Vorgänge um Vietnam vorwirft, nichts anderes als eine simple

Projektion eigener Überschätzung ist. Statt Meienbergs Aussagen billig als arrogant abzutun, könnte man ihnen ebensogut ein hohes Mass an mutiger Offenheit zubilligen. Mutig deshalb, weil Meienbergs Antrieh zum Schreiben nicht davon abhängt, was die «NZZ» dazu meinen könnte und er deshalb auch Enttäuschungen über eine Situation oder gar deren Fehleinschätzung eingestehen kann. Aber solchen «Intimitäten» vermag Zeyer nichts abzugewinnen. Also – ein guter Linker hat seine Gefühle gefälligst zu verbergen.

A. Eisenring, Adorf

Eine weitere Reaktion auf unsere Aprilnummer finden Sie auf Seite 4.

## Das «konzept»-Kurztinterview des Monats



Hier haben unsere Zeitgenossen aus Mölde und Wald, die Dunkelkammer und Matschebenleuchten, das Wort frei.

Heute zum Thema Strassenlärm mit Willibald Glitschard vom Eidgenössischen Verkehrsdepartement:

Der Bundesrat lehnt die Initiative gegen den Strassenlärm ohne Gegenvorschlag ab. Können Sie uns kurz begründen, weshalb?

Wie bitte? Können Sie die Frage noch einmal wiederholen ...?

Ja, ah ... Warum lehnt der Bundesrat die Initiative gegen den Strassenlärm ab? Können Sie nicht etwas lauter sprechen? Wie war doch gleich die Frage ...?

(Ganz laut:) Die Strassenlärminitiative – warum lehnt ...?

Ach, ja, wissen Sie, das ist so, verstehen Sie, die Forderungen der Initianten sind vollkommen unrealistisch – ah –, eine Reduzierung des Lärmgrenzwertes, wie es die Initianten wünschen, ist technisch unmöglich! Ganz abgesehen davon, würde mit allzu leisen Motoren die Unfallgefahr steigen!

(Antwort aus «Tages-Anzeiger»)

## das konzept

Redaktion: Bruno Baeriswyl, Marianne Fehr, Fredi Hüni (Bern), Georg Hodel, Ruedi Käng, Liselotte Suter.

Redaktion und Administration: Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Schweiz. Telefon (0) (01) 47 75 30, PC-Konto 80-3762.

Redaktionsstelle Bern: Postfach 1351, CH-3001 Bern, Tel. (031) 25 88 05.

Artikel geben jeweils die Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Für unverlangt zugesandte Unterlagen kann keine Verantwortung übernommen werden.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Verband der Studierenden an der ETHZ, Verband Studierendens aus der Uni Zürich).

Erscheinungsweg: Monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Lehrerseminaren, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschaftsschulen und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk, Auflage 32 000.

Abonnement: pro Jahr Fr. 18.– (Ausl. 22.–), PC-Konto 80-3762.

Inserate: Inseratverwaltung «das konzept», Weinbergstrasse 31, CH-8006 Zürich, Tel. (0) (01) 47 75 30, PC-Konto 80-36651 1-jährige-Zeile – 62 Fr. (übliche Rabatte).

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionschluss Nr. 679: 21. 5. 79

Inseratschluss Nr. 679: 25. 5. 79

Die Juni-Nummer erscheint am 5. 6. 79

Die Probleme der Jugend heute

«Wir können die Welt nicht mehr ändern. Oder doch?»

Hin und wieder wird die Jugendproblematik in einer wissenschaftlichen Arbeit angegangen. Ab und zu gelangen Probleme der Jugend an die Öffentlichkeit – etwa wenn Parteien und Politiker ihr soziales Image aufbessern wollen (wie zurzeit in der Diskussion um die Jugendpolitik in der Stadt Zürich).

«So lebe ich – so möchte ich leben»: 1146 Schüler(innen) der Mittel-, Berufs- und Oberschulstufe schrieben zu diesem oder einem ähnlichen Thema einen Aufsatz. Im «Jahr des Kindes» hatte die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV), der über 60 Jugendorganisationen und -institutionen angehören, Lehrer aus der ganzen Schweiz gebeten, die Jugendlichen zwischen 12 und 20 Jahren mit diesen Fragen zu konfrontieren.

Sekundarschülerin, 16 Jahre alt: Darunter leide ich, das möchte ich

Ich finde es gut, dass wir 16jährigen hier die Gelegenheit haben, uns auszusprechen. Es gibt sicher viele Jugendliche, die die gleichen Probleme haben. Wenn ich mir jetzt über mein Leben so meine Gedanken mache, muss ich sagen, dass meine Stimmungen oft wechseln. Es gibt Zeiten, da fühle ich mich glücklich und bin mit der Welt zufrieden. Dass das Leben aber nicht immer so schön sein kann, habe ich schon sehr oft gespürt.

Ich finde es einfach ein bisschen viel, was in der Schule gefordert wird. Auf uns Schüler lastet ein riesiger Leistungsdruck. «Du musst lernen, sonst wird nichts aus dir!» Diese Sprüche kennen wir alle. Die Erwartungen werden immer höher geschraubt. Man verlangt immer mehr von uns. Die Ausbildungszeiten werden immer länger: Dadurch werden auch die Leute immer gebildeter. Die Fortschritte der Technik schreiten enorm voran. Man erfindet immer bessere, modernere, noch perfektere Maschinen, die die Menschen ersetzen. Kann denn das noch lange so weitergehen? Ich habe einfach Angst, dass wir Menschen uns schlussendlich noch selbst zerstören. Es gibt immer wieder Leute, die gegen diesen Fortschritt protestieren. Was nützt es? Wir können die Welt nicht mehr ändern. Oder doch?

Wenn einer heute in dieser Gesellschaft leben will, ist er gezwungen, mit-

zumachen, sich zu schulen, sich anzupassen, damit er nicht zurückbleibt. Da beginnt man sich doch zu fragen: Ist denn das der Sinn des Lebens? Für wen schufen wir denn so? Viele Menschen finden auf diese Frage keine Antwort. Sie verzweifeln am Leben und machen ihm ein Ende. Das beschäftigt mich jedesmal sehr. Ich bin nämlich nicht immer sicher, ob mein Leben einen Sinn hat. Doch dann denke ich an jene, die in unmenschlichen Verhältnissen leben müssen und trotzdem mit ihrem Schicksal fertig werden. Warum helfen wir ihnen nicht? Warum verschwenden wir das Geld für unnütze Kriegausrüstung, Mondfahrt usw.? Weshalb kann ein so hoch zivilisiertes Volk wie wir sich nicht mit solchen Aufgaben mehr beschäftigen? Die Not dieser Menschen darf uns doch nicht egal sein! Aber im Gegenteil: Wir beuten diese Länder noch nach ihren Bodenschätzen aus, damit es uns auch ja gut geht. Sind wir Menschen denn dazu verdammt, einander zu bekämpfen, einander zu hassen?

Wir in der Schweiz könnten ja zufrieden sein, uns geht es gut. Aber wie soll man denn glücklich sein, wenn soviel Unheil und Ungerechtigkeit auf der Welt

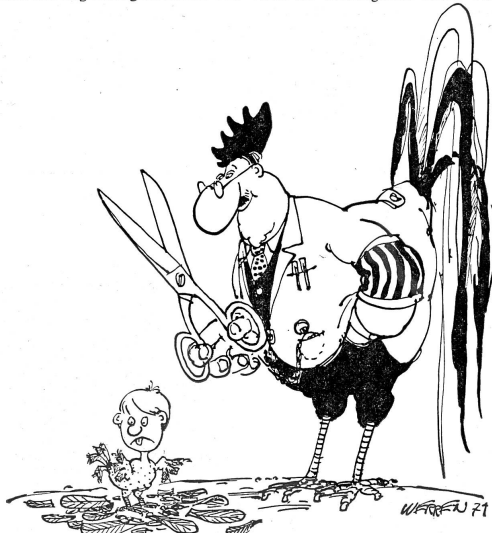
ist? Natürlich kann einer allein diese Probleme nicht aus der Welt schaffen. Aber wenn alle Staaten miteinander arbeiten und dem gleichen Ziel zustreben würden, müsste es doch möglich sein, den Frieden auf der Welt herzustellen.

Ich weiss, das sind schöne Vorstellungen, aber dennoch hoffe ich, dass in dieser Hinsicht weitergearbeitet wird. Es gibt noch einige kleinere Sorgen, die mich beschäftigen. Aber die Zukunft der Menschheit, und somit auch meine, liegt mir schon sehr am Herzen.

KV-Schülerin, 18 Jahre alt: Wie möchte ich leben, wenn ich jetzt als 18jährige so leben könnte, wie ich wollte?

Ich persönlich habe eigentlich nur einige kleine Probleme, die mich beschäftigen. Eines davon ist die Unabhängigkeit: Gerne würde ich ein eigenes Auto besitzen, damit ich nicht dasjenige meines Vaters brauche. Es ist immer mit viel Rechenschaft verbunden, und manchmal gibt es grössere Diskussionen nur wegen dem. Doch bin ich der Meinung, dass ein Mensch mit 18 Jahren mehr oder weniger selbst entscheiden müsste, was man sich erlauben darf und was nicht.

Das gleiche Problem zeigt sich zum Beispiel im Geschäft. Ich wäre dafür, dass ein Lehrling auch seine Meinung zu irgendeinem Problem äussern darf und diese Meinung von den andern Angestellten und dem Chef akzeptiert wird. Ich arbeite seit bald 2½ Jahren im Lehrgeschäft und arbeite dasselbe wie eine Angestellte, die schon mehrere Jahre im Betrieb ist. In solchen Fällen finde ich, dass der Lehrlingslohn erhöht werden



Jugendpolitik – zum Beispiel in Zürich

In Zürich ist seit Jahren von Jugendhäusern die Rede. Und auf irgendeinem Konto liegt eine Million für ein Jugendhaus. Gesammelt vor vielen Jahren. Aber eben, bisher ist es beim Reden geblieben. «Taten» blieben von kurzer Dauer. Der Bunker wurde geschlossen. Das Schindlergut von der Polizei geräumt. Begründung wie gehabt: Die Jugend hat versagt, hat ihre Freiheit missbraucht, bewiesen, dass Autonomie nur scheitern kann. Kunststück: Die Autonomie der Jugendlichen wird an den «realistischen» Massstäben der Erwachsenen – oder genauer: der Herrschenden – gemessen.

Im letzten Herbst hat das Zürcher Sozialamt eine Jugendfreizeit-Konzeption – genauer: ein Jugendhauskonzept – veröffentlicht, die die Stossrichtung zürcherischer Jugendpolitik für die nächsten Jahre festlegen sollte. Nach der jetzt abgesehenen Vernehmlassung steht Zürich einmal mehr vor einem Scheitern. Das Konzept ist nach Strich und Faden verrissen worden. Und beim Sozialamt mag auch niemand mehr so recht zu diesem Konzept stehen. Der Jugendbeauftragte der Stadt Zürich, Hermann Trachsel, verlässt seine Stelle. Er mag nicht mehr länger eine Jugendpolitik nach aussen vertreten, mit der er sich nicht identifizieren kann. Die Jugendfreizeit-Konzeption – als deren «Vater» er noch immer bezeichnet wird – entspricht längst nicht mehr seinen Vorstellungen. Unter der burschen Führung von Stadträtin Emilie Lieberherr ist eine provisorische Fassung von einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zurechtgestutzt worden. Die sozialdemokratische Stadträtin ihrerseits hat sich auch von dieser verwässerten Konzeption noch öffentlichlich distanzierend.

Es gibt zwar auch Begrüssenswertes in diesem Konzept. Nebst einem zentralen Ju-

gendhaus sollen verschiedene Quartiertreffpunkte geschaffen werden. Die grundsätzliche und erstrittene Idee wird durch die praktische Realisierung weitgehend kassiert. Jugendliche, die das Bedürfnis nach einem solchen Quartiertreff haben, müssen durch Bezug von Erwachsenen einen Verein gründen, dann ein Subventionsgesuch ans Sozialamt stellen und den satzungsbekannteten Amts-Vita-Parcours absolvieren. In der Vernehmlassung wird von verschiedensten Seiten eine jugendgerechte, flexiblere Finanzierungs- und Trägerlösung gefordert. Damit die Jugendlichen nicht erst mit ihren Enkeln den von ihnen initiierten Jugendtreff besuchen können.

Wie soll es in Zürich weitergehen? Nochmals zwanzig Jahre Schonzeit? Nochmals zwanzig Jahre Zürcher Jugend ohne Jugendhaus? – Ich meine: Trotz allen Vernehmlassungen, Papieren und Kritiken muss nichts als eine konkrete Jugendhausvorlage vorschlagen. Auch wenn die Frage einer sinnvollen Jugendpolitik nicht auf Freizeit reduziert werden kann, auch wenn's letztlich um eine Veränderung der Gesamtsituation der Jugendlichen als gar nichts. Vielleicht ist es den Jugendlichen möglich, sich in diesem Freiraum so weit zu emanzipieren, dass dies auch im Alltag, am Arbeitsplatz beispielsweise, Früchte trägt. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass mit Freiraum im Jugendhaus eben doch Autonomie gemeint ist. Eine Freiheit zumindest, die es den Jugendlichen erlaubt, «Fehler» zu machen. Fehler nach den Massstäben von Erwachsenen. (Der Zürcher Stadtrat hat sich ja seinerseits in den letzten Jahren grosszügig Fehler in Sachen Jugendpolitik zugestanden.) Jürgmeier

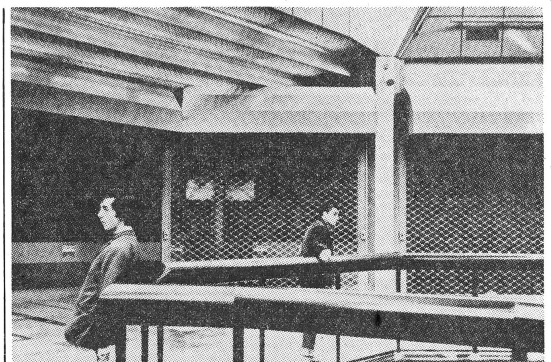
sollte oder ein anderer Weg gefunden werden müsste.

Mit der Arbeitszeit ist es auch ein kleineres Problem. Ein Lehrling arbeitet im Verhältnis zu lange. Manche müssen bis an die 10 Stunden arbeiten, kommen dann nach Hause und sollten auch noch Aufgaben für die Berufsschule lösen. Die älteren Leute sollten eigentlich weniger arbeiten müssen als die jüngeren, die schon ausgeleert sind. Ich sehe es nur schon bei meinem Vater. Er arbeitet wirklich den ganzen Tag voll durch. In der Mittagspause isst er schnell sein Essen, und dann ist er schon wieder am Arbeiten. Am Abend kommt er spät nach Hause und geht dann ins Bett, weil er tagtäglich so einen Stress hatte und müde geworden ist. Meine kleineren Geschwister (der Kleinste ist 1 Jahr alt) sehen den Vater ziemlich wenig. Wenn er aber Zeit für sie hat, spielt er mit ihnen sehr gerne. Das Problem aber ist, dass wir, besonders meine kleinen Geschwister, den Vater jetzt dringend brauchen und nicht, wenn er mit 65 pensioniert wird. Bis dahin sind dann die Kleinen schon fast erwachsen. Daraus folgt dann, dass man im Familienleben für und an immer weniger und weniger Zeit hat und die Familie immer mehr auseinandergeht.

Solche Probleme sollte man zu lösen probieren.

Mittelschülerin, 19 Jahre alt: Wie möchte ich leben, wenn ich jetzt als 19jährige so leben könnte, wie ich wollte?

Viele Gebiete werden mit dem obigen Satz in Verbindung gebracht. Als eines der wichtigsten scheint mir die Familie.



Aus: La Nouvelle Critique, Februar 1979

Die allseitig reduzierte Jugend

Wie denkt die Jugend heute? Welche Probleme erkennt sie als ihre eigenen? Wie reagiert sie darauf, und reagiert sie überhaupt? Ist sie rebellisch wie vor zehn Jahren oder passiv-konsumierend, integriert und resigniert? Diese drei Aufsätze können auf diese Fragen keine verbindlichen Antworten geben, letztlich nur erahnen lassen, dass so glücklich diese Jugend trotz Disco-Sound und politischer Waffenstille nicht ist. Um es gleich vorwegzunehmen: Zensuriert sind diese Ausserungen ohnehin; durch die Auswahl von Aufsätzen, die uns interessant und authentisch schienen; durch das Aufsatzschreiben selbst (Lehrer und Schule als Kontrollstelle, die an eine – die – richtige Sprache gewöhnt hat).

Gerade schematisiert werden wollen die Jugendlichen nicht: «Ich glaube nämlich nicht, dass wir die schreckliche, schamlose Jugend von heute sind, wir werden dazu gemacht. Auch von aussen her werden wir in dieses Schema gepresst» (Mittelschülerin, 17 Jahre alt). Die Schüler und Lehrlinge verweisen auf jene Zensurstellen im alltäglichen Leben, die auf normgerechtes, angepasstes Verhalten drängen, ein Bild vom «mündigen Bürger» kreieren, in dem Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung frühzeitig ausgeklammert werden müssen. (Die Spezialisten, welche die spärliche Beteiligung der Jugendlichen bei Abstimmungen feststellen und dies mit Passivität gegenüber gesellschaftlichem Leben gleichsetzen, müssten erst einmal auf diese Stellen zeigen.)

Besonders stark scheint der Einfluss von Eltern und Familie auf die Jugend zu sein: «An den Erwachsenen stört mich sehr, dass sie die Jüngeren nie zu Wort kommen lassen. Für alles ist man zu klein und zu jung. Ich möchte viel mehr allein entscheiden» (Sekundarschülerin, 14 Jahre alt). «Zu hören bekommen wir Tag für Tag nur Mahnungen, von denen wir schon längst die Ohren voll haben» (Sekundarschülerin, 16 Jahre alt).

Disziplinierung durch Schule und Arbeit: «Dazu hat man Aufgaben, in denen man fast versauft. Und für sich? Habe ich Zeit für mich? Für mich reicht nicht mehr viel!» (Mittelschüler, 17 Jahre alt). «Die Arbeit ist mir oft zu langweilig, weil sie zu viel auf die Leistung gestellt, sie müsste abwechslungsreicher sein, öfters mal etwas Neues. Ich will kein Roboter» werden, ich will Mensch sein» (Berufsschüler, 18 Jahre alt).

Rollenverhalten und Konventionen: «Ich wünschte zudem, dass ich nieman-

den zu fragen habe, ob das üblich sei, ob sich das für ein Mädchen geziemt. Ich möchte leben – und auch meine Fehler machen» (Mittelschülerin, 18 Jahre alt).

Das sind Forderungen nach mehr Selbstständigkeit und Freiheitsraum in einer Gesellschaft, die Anpassung durch Leistung propagiert. Auch wenn der Einstieg ins Erwachsenenleben einmal geschafft sein wird, bleibt kein Anlass zu Hoffnung: «Jeden Tag ist der gleiche Tramp, am Morgen gehe ich zur Arbeit, dann gehe ich nach Hause. Esse, mache meine Aufgaben, wenn es mir nicht stinkt, nach dieser langweiligen Arbeit, da muss ich auch noch die Aufgaben machen, die auch nur Leistung verlangen. Und immer weiter so» (Berufsschüler, 18 Jahre alt).

Wen wundert's, dass einige schon früh resignieren. «Mein grösstes Problem ist, dass ich im Leben einfach keinen Sinn sehe, aber es ist mir eigentlich egal, ob ich eigentlich einen Sinn sehe oder nicht. Es gibt Zeiten, da ist mir alles egal, es ist mir sogar gleich, dass mir alles egal ist» (Mittelschülerin, 15 Jahre alt).

Im Spannungsfeld zwischen Stress und Leistungserwartungen werden Freizeit und ihre Gestaltung für die Jugendlichen zum Problem. Auf Selbstständigkeit gebaute Kommunikation kann nicht am Feierabend stattfinden, wenn sie tagsüber verhindert wird. Konzeptionen von Jugendarbeit, welche die Problematik nur auf den Freizeitbereich beschränken, können kaum mehr sein als Versuche, die Reaktionen der Jugendlichen auf ihre Situation unter Kontrolle zu halten. Fortschrittliche Jugendpolitik müssten aber Aggressionen nicht verhindern wollen, sondern deren Ursachen erkennen; und zwar mit den Betroffenen zusammen nicht über ihre Köpfe hinweg – wie in Zürich (vgl. Kasten).

Oder in Bern: Im preisgünstigen Migro-restaurant, McDonald-like, haben sich ganz junge Leute eingenistet. Die potentere Kundschaft beschwerte sich anfangs über das laute und unanständige Verhalten der «Halbwüchsigen» und blieb schliesslich ganz fern. Die Migro-Leitung hat nun ein Massnahmenpaket ausgearbeitet, um die Radabruher loszuwerden.

Die «schreckliche, schamlose Jugend von heute» soll sich selbst helfen.

Marianne Fehr

Wir haben, das heisst jedes einzelne von uns, einen gewissen Einfluss auf die Familie. Man entscheidet nicht nur über den andern Kopf hinweg, was eine ganze Familie angeht. Damit wir überhaupt als Familie leben können, ist für uns das Mitspracherecht eines der höchsten Gebote. Die Familie ist doch eine kleine Gemeinschaft, in der man sich wohl fühlt, andere liebt und geliebt wird. Das Vertrauen in der Gemeinschaft wird aber nur erreicht, wenn Entscheide nicht nur von einzelnen, sondern von allen ausgehen.

Wir sind mehrere Geschwister, und deshalb war die Festsetzung des Taschengeldes um so schwieriger. Ich glaube, dass meine Eltern dieses Problem sehr geschickt gelöst haben. Taschengeld wird nur für bestimmte Arbeiten und Gegenleistung ausgehändigt. Die Erfahrung hat mir gezeigt, dass mir das Eintreten des Verdientes bedeutend weniger schwerfällt als andern Jugendlichen, die ihr Taschengeld holen können, wenn sie es brauchen. Ein schönes Sprichwort dazu: Man dreht den Fünfliber zweimal, bevor man ihn ausgibt. Meiner Meinung nach ist ein festes Taschengeld nötig, um überhaupt das Eintreten zu lernen.

Nun das zweite Problem, das ich streifen möchte, ist die Mitbestimmung in der Schule. Heute findet der Lehrer keine Zeit mehr, um auf den Schüler einzuge-

hen. Kann man aus einer falschen Überlegung lernen, wenn man nicht weiss, was daran wirklich falsch ist? Es gibt Zeiten, da werden Schüler nur von ihren Lehrern abgespiselt. Die Distanz zwischen Schüler und Lehrer ist oft zu gross, so dass ihre Gedanken aneinander vorbeirauschen, ohne aufeinander zu stossen. Ich frage mich oft, kann sich die Autoritätsperson nicht in die Lage des andern versetzen, oder kann sie den Gedanken der Jugend nicht mehr folgen? Eine Schule besteht ja hauptsächlich aus Schülern. Weshalb aber soll die Mehrheit bei der Einteilung des Stundenplans nicht miturteilen können?

In der Meinung der Politik habe ich ein sehr deutliches Bild. Zu Hause bietet man mir Gelegenheit, mich auch politisch und sozial zu äussern. Ich habe mich mit einer bestimmten politischen Meinung angefreundet. Die Informationen und Fragen, die ich dazu brauchte, haben mir meine Eltern mitgegeben. Warum ich darüber schreibe, wird gleich klarwerden. Lehrer dürfen an bestimmten Schulen keine politische Meinung den Schülern weitergeben. Vor allem ist mir klargeworden, dass ein bürgerlich Denkender sich mehr äussern kann und darf als ein sozialistischer; warum es so ist, das ist dahingestellt. Mir persönlich würde es sehr nützen, wenn sich Schüler und Lehrer frei über ihre politische Meinung unterhalten könnten.



Empfängnisverhütung ist (noch) Frauensache:

# Und die Pille für den Mann?

Von Bruno Maggi, Arzt\*

**Eine Männerpille? – Die angesprochenen Herren der Schöpfung winken meist ab, fürchten um ihre Potenz und die öffentliche ersichtliche Männlichkeit wie Brust- und Barthaare. Was sagt die Wissenschaft zum Thema Empfängnisverhütung beim Mann? Wie weit ist die Forschung überhaupt fortgeschritten?**



Der gesunde Mensch verdammt enthielt ein Körnchen Wahrende Frage bei Mann ist tatsächlich die Produktion (Spermien) in den Keimen, ohne gleichzeitige Produktion der Hoden? Mit Abnahme der Produktion würde Freude am Liebes (Libidoverlust). Zeit würden sich Geschlechtsmerkmale – Bartwuchs haarung – zurück

die Zelle den Zucker nun verbrennen, so ist ihr das nicht möglich... Wird dieser Stoff abgesetzt, so kommt die Spermienproduktion wieder in Gang.

Das Resultat aus Tierversuchen: Der erwählte Stoff unterdrückt die Spermienbildung, ohne die Hormonbildung zu beeinträchtigen. Menschenversuche sind nun im Tun.

### Rund 18 Wochen «Sperrfrist» ...

Eine australische Forschergruppe «hängte» das Hormon, welches mehrheitlich in den Eierstöcken produziert wird, an dasjenige, das sich mehrheitlich im Hoden bildet (beide Hormone kommen im Prinzip an beiden Orten vor). Dieses neue Hormon gab man männlichen Freiwilligen mit dem Resultat, dass in 18 Wochen die Spermienbildung aufhörte, ohne dass die Lust kleiner wurde. Die «Wirkungswartefrist» von mehr als vier Monaten macht diese Art von Pille jedoch etwas unpraktisch ...

### Die Spermienbeweglichkeit stören

Noch einen andern Weg geht der Versuch, die Beweglichkeit der Spermien zu vermindern, die ja eine weitere Voraussetzung für die Befruchtung bildet. Dazu muss man die Entwicklung der Spermien im Nebenhoden – wo sie noch zwei Wochen «fertig» reifen, bevor sie auf die Reise geschickt werden – stören. Zusammengefasst: Die Pille für den Mann kommt kaum schon in den näch-

sten Jahren. Einer der wichtigsten «objektiven» Gründe: Die Steuerung der Spermienentwicklung ist nicht annähernd so gut erforscht wie das Pendant bei der Frau. Dort ist – im Gegensatz zum Mann – die Grundlagenforschung im wesentlichen gemacht, man braucht nur noch nach Anwendungen zu suchen. Empfängnisverhütung bei der Frau verspricht also das lukrativere Geschäft! Auf die weibliche «Pille» werden beträchtlich größere Geldbeträge und viel mehr Energie (vor allem männliche) Forscherteams eingesetzt.

### Wenn «mann» beweisen muss, dass «mann» kann

Und ausserdem, kulturell gesehen, wares Fortpflanzung und Potenz des Mannes in unseren Gegenden bis vor nicht allzu langer Zeit (?) zwei Wörter für die gleiche heikle Sache. Bis in die Wissenschaft hinein war die Frau in Sachen Sexualität und Empfängnis nur «Gefäss». Das zeigen etwa frühere durchaus ernst zu nehmende und ernst genommene – Darstellungen von Spermien, kleine Menschen in einer Kapsel mit langem Schwanz (vgl. Bild). Diese Männerprosslinge waren rundherum fertig, bereit zum Einpflanzen, es kam nur noch darauf an, ob der weibliche Boden auch fruchtbar sei ...

Inzwischen, seit langem (!), weiss man, dass sterile Partnerschaften etwa zur Hälfte vom Mann «verursacht» werden. Aber noch immer ist der Gynäkologe der Facharzt, welcher für die Sterilität zuständig ist: denn die Frau geht als erste zum Doktor, wenn sie nicht schwanger wird.

Ob zuwenig oder «zuviel» (zum Beispiel uneheliche) Kinder – es ist die Frau, die dafür verantwortlich gemacht wird. Sie ist – oder gilt – in jedem Fall als Hauptbetroffene. Das erklärt auch die wissenschaftliche Laxheit betreffs Empfängnisverhütung beim Mann, aber es rechtfertigt sie nicht.

surditäten (in Hännis Artikel) überhaupt einzutreten. Es nimmt mich nur wunder, wer diese von Hänni genannten «Insider» waren. Sollen sie wirklich existieren, müssten das himmelstürzende Gewicht sein. (...) Sodann ist die Behauptung, ich hätte im FV (Föderationsrat) den Personaloffizier der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe, Red.) einen Betrag von 100 000 Fr. für die Ja-Kampagne vorgeschlagen. Eine Lüge. Dieser Vorschlag wurde von einem anderen Kollegen gemacht. Schlusslich ist es nicht intelligent, sondern einfältige Mischschafferei, gesellschaftliche Geldmittel zur Bestreitung einer Abstimmungskampagne als «Kauf der öffentlichen Meinung» abzutun. (...)

Es ist also wirklich ein völliges Blabla, das Hänni hier geboten hat. Es erhält einzig dadurch ein Profil, wenn auch ein negatives, dass es bösig und hinterhältig gegen die Gewerkschaften gerichtet ist. Der Berner «konzept»-Korrespondent Hänni greift in verantwortungsvoller Weise einen Berner SP-Nationalrat und Gewerkschaftspräsidenten öffentlich an, ohne mit diesem auch nur ein Wort über den Sachverhalt gesprochen zu haben. Das ist mehr als nur journalistische Lieberlichkeit, viel mehr: Ich muss mir nun jedesmal, wenn ich bei einem Artikel die Signatur «Fred Hänni» oder «H» sehe, die Frage stellen, was daran wahr, halb wahr oder erlogen, was Information bzw. Desinformation ist. Solche Leute sind eine Gefahr für das Pressewesen. Bedenklich ist aber insbesondere auch, dass «das konzept», das gemäss eigenen Angaben monatlich in einer Auflage von 32 000 an «allen Hochschulen, Techniken, Seminaren und anderen höheren Schulen der Deutschschweiz erscheint», sich solche Mitarbeiter hält und Beiträge wie den hier behandelten offenbar unbelesen publiziert. Was wird da für ein Geist gezeugt bei unserer sich höher bildenden Jugend? Wie reimt sich das mit dem Gebot akademischer Wahrheit? Das sind Fragen, die einen nachdenklich stimmen und mit Sorge erfüllen müssen.

Werner Meier, Präsident des Eisenbahner- und Föderationsverbands, in «Der Eisenbahner», 3. 5. 1979



Washington, 3. Mai. (DDP) Die radioaktiven Strahlungen nach dem Reaktorunfall in Harrisburg könnten in den kommenden Jahren unter den 2 Millionen in der Umgebung lebenden Menschen eine erhöhte Zahl tödlicher Krebserkrankungen auslösen. Das erklärte der amerikanische Gesundheitsminister Joseph Califano am Donnerstag. Vor einem Unterausschuss des Senats erklärte der Minister, es habe sich herausgestellt, dass in einem Umkreis von 80 Kilometern von der Unfallstelle die Menschen einer doppelt so hohen Radioaktivität ausgesetzt gewesen seien, als er selbst eine Woche nach dem Unfall angegeben habe. Bereits am Mittwoch haben Strahlenbiologen der amerikanischen Akademie der Wissenschaften mit einer Untersuchung nachgewiesen, dass durch den Reaktorunfall in Harrisburg die Krebsrisikoerhöhung gegenüber dem «Normalzustand» eine erhöhte Krebsrate ausgesetzt sind und dass auch kleine Strahlendosen in jedem Fall gesundheitsschädigend sind. Demnach soll auch die Bevölkerung in der Umgebung des AKW Gösgen über die Vorkehrungen der Behörden orientiert werden, wie bei einem ähnlichen Unfall wie in Harrisburg die betroffenen Menschen zu schützen seien. Im AKW Gösgen ist der gleiche Reaktortyp in Betrieb wie derjenige, der in Harrisburg zu Schaden gekommen ist. In der Schweiz wären beim selben Unfall wie in Harrisburg, ca. 4 Millionen Menschen betroffen.

Die Autolobby ist verschupft. Einige Autoimporteure stürzten ihre Inserate für rund 300 000 Fr. im Zürcher «Tages-Anzeiger», weil im TA-Magazin vom 3. März die Mächtigsten der Autolobby enthalten worden waren. Oskar Mossmann, Präsident des Verbandes Schweizerischer Autoimporteure, begründete gegenüber dem «Volksrecht»: «Diese Zeitung ist extrem aufwendig». Von einer Absprache zwischen den Importeuren gar über seinen Verband will er nichts wissen: Wo ein Händler inseriere, sei seine Sache, gewisse Leute hätten «ganz spontan» auf die Inserate verzichtet. Und tiefgründig sinniert er weiter: «Die Pressefreiheit ist für mich ein heiliges Recht.» Und die Wirtschaft der heilige Wächter über diese Freiheit.

Die Firma Emil Frey AG (Autoimport von British Leyland und andere Marken) gibt im Gegensatz zu anderen Firmen offen zu, dass ihr der «Tages-Anzeiger» als «Inserat-Umfeld» nicht passe. Sohn und Direktor Walter Frey dürfte von Absprachen auch nichts wissen. Per Zufall ist er mit Herrn Curti von der Firma Jean Frey, welche den «Züri Leu» herausgibt, gut befreundet. Eigenartigweise publiziert derselbe «Leu» kurz nach dem Inseratbeholdung beim TA eine nette Seite «Am Steuer», die vor Autofreundlichkeit nur so strahlt. Im richtigen Moment gebrüllt, Löwe – das Auto-Inseraten-Volumen ist ansehnlich gestiegen.

Der Mais mit der Autolobby ist nicht dem Fax-paus eines einzelnen Redaktors zuzuschreiben. Bevor der ausschlaggebende Artikel publiziert wurde, ging er auf die Reise durch die Tagi-Institutionen. Abgesegnet und bei jeder Stelle hitzlos zurechtgestutzt wurde er von der Chefredaktion, von der Geschäftsleitung und von der Verlagsleitung. Falsch gerechnet oder Risiko einkalkuliert? Jedenfalls dem Image beim Leser hat's nicht geschadet; er kann versichert sein: Der «Tages-Anzeiger» ist der letzte Baum im korruptierten Presse-sumpf. Und schliesslich gibt es andere Inserenten, die man ja nicht auch noch verärgern muss.

## das konzept Tip

### Solothurner Literaturtage

Vom 25. bis 27. Mai finden erstmals die Solothurner Literaturtage statt, eine literarische Grossveranstaltung mit Autoren aus der deutschen, rätomanischen, französischen und italienischen Sprachregion. Nicht allein Lesungen stehen auf dem Programm, sondern auch Filme, musikalische und szenische Dar-

stellungen. Werkstätten. Höhepunkte der Veranstaltungen sind die Lesung von Franz Xaver Kroetz aus seinem noch nicht uraufgeführten Stück «Strammer Max» und die Schlussdiskussion mit Dürrenmatt, Kroetz, Meinelberg, Muschg, Orelli, Velan, Vogt und Weibel über das Thema: «Die Sache und das Wort», ein Gespräch darüber, was in der Literatur fortschrittlich und was reaktionär, was demokratisch, was bürgerlich sei. Detaillierte Programme sind erhältlich bei: Solothurner Literaturtage, Postfach 928, 4502 Solothurn, Spenden auf PC 45-5594. \* Grundlage der Diskussion bilden drei «konzept»-Artikel, welche auf der Red. gegen 3 Fr. in Briefmarken bezogen werden können, Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

### Programm:

Freitag, 20.30: Lesung mit F. X. Kroetz (etwa 50 Minuten) mit anschliessender einstündiger Diskussion

### Samstag, 13.30:

«Offener Block» – jedermann kann mitmachen, moderiert von Peter Bichsel und O. F. Walter

### 16.00:

Gespräch mit Schriftstellern aus allen Landesteilen für eine Radioausendung

### Parallel dazu:

verschiedene Werkstätten, u. a. mit Franz Hohler: «Geschichten schreiben mit dem Publikum», Emil Zolpi: «Schreibende Arbeiter»

### Sonntag, 13.30:

Präsentation der Werkstätten

### 15.30:

Schlussdiskussion, Gesprächsleitung: Heinz F. Schafroth

### Lesungsblicke:

Freitag 15.00-18.00, Samstag 9.00-12.00 und 20.00-22.00, Sonntag 9.00-12.00

### Im Restaurant «Kreuz»

## Schweizer Multis fressen Arbeitsplätze

So tielt das SKAAL (Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika) den Leitartikel über die Verlagerung der Profitsuche von Schweizer Multis ins Ausland in der Maizeitung «Arbeit und Dritte Welt». SKAAL ruft auf zur Solidarität der Arbeiter in West und Ost mit den Arbeitern im Trikont.

Die Maizeitung ist erhältlich bei: SKAAL, Zentralsekretariat, Postfach 692, 8026 Zürich, zu 10 Rp. pro Porto.

### Tempo 50

Die neugegründete Alternativorganisation vom TCS, die Schweizerische Verkehrsstiftung (SVS), hat mit konkreten Aktionen ihre Tätigkeit ausgenommen. Eine Arbeitsgruppe setzt sich dafür ein, vermehrt Automobilisten auf freiwilliger Basis dazu zu bringen, Tempo 50 einzuhalten. Die willigen Automobilisten machen ihren Entschluss durch einen Kleber auf ihrem Fahrzeug kund. Die Arbeitsgruppe Tempo 50 innereis sucht noch Helfer aller Art.

Nähere Auskunft: Urs H. Michel, Müllstrasse, 8915 Hausen am Albis.

Kleber und Prospekt, in Deutsch, Französisch oder Italienisch, können zum Preis von 2 Franken/Stück durch Voreinzahlung auf PC 49 - 902 oder mit Postkarte an Schweizerische Verkehrsstiftung, Bahnhofstr. 8, 3360 Herzogenbuchholz, bestellt werden.

### Bundesräte Autofans

Wie sehr unsere Bundesräte dem privaten Verkehr holdgütig und höflich sind, dass der Privatrekehrs-Exzess so weitergeht wie bisher, hat man schon bei der Initiative für Demokratie im Nationalstrassenbau merken können, die der Bundesrat zur Verwerfung empfahl. Dann auch bei der Albatros-Initiative, welche eine Herabsetzung der Schadstoffe in den Motorabgasen forderte: Bundesrat dagegen. Weiter daran, dass der Bundesrat den von ihm selbst (als Gegenargument gegen die Albatros-Initiative) gefassten Zeitplan zur Verschärfung der Abgasnormen einfach nicht befolgt. Dann: dass er mit der Einführung der Tempo-50-Ortsbeschränkung einen Schneekettanz aufführt. (Das alles wird von einer Autolobby erreicht, deren Schleichwege «das konzept» in Nr. 4/79 enthillte.) Als neuestes Bewusstseisschlaglumpen der Bundesrat den Räten ein Nein bei der Volksinitiative gegen den Strassenlärm vor. Die Linken sollten endlich einsehen, dass hier ein Kampf für Lebensqualität geführt werden muss.



Siehe auch Echos Seite 2

## «Wehret solchen Anfängen»

«Mit Lohnpromillen gekauft», von Fredi Hänni in «das konzept» 4/79

Normalerweise werden Gewerkschaften von politischen Rechtsausen aufs Korn genommen. Ich denke dabei zum Beispiel an den «Trumpf-Bau» oder an die einseitigen Brunnenschäfte: «Der schlafende Elefant» und der «Klub der Subventionslosen». Beide waren darauf aus, den sozialen Fortschritt zu bekämpfen ... Diesmal ist aber nicht von Ultrarechten die Rede, sondern von offensichtlich fanatischen und realitätsfernen «Linken», welche – die «Extreme beruhigen sich» – so weit nach links ausserhalb abgeglitten sind, dass sie bereits ganz rechts wieder hervorschauen ... Dies jedenfalls, was die anti-gewerkschaftlichen Methoden angeht.

Im vorliegenden Fall handelt es sich um einen Artikel, der in der Aprilausgabe des linksintellektuellen Blattes «das konzept» erschienen und in welchem der Schreibende persönlich und die Gewerkschaften generell in ebenso unintelligenter wie widerlicher Weise angeempelt und verleumdet werden. Als Verfasser signiert der Berner «konzept»-Korrespondent Hänni, seines Zeichens auch noch Mitarbeiter anderer Zeitungen. (...) Jedenfalls wurde der Schreibende von verschiedenen Seiten auf diese diskreditierenden Anwürfe aufmerksam gemacht. Man hat mich sogar aufgefordert, rechtlich vorzugehen. Darauf verzichte ich, aber ich sage: Wehret solchen Anfängen! (...)

Ich könnte es mir schenken, auf diese Ab-

### Der Mann – das Wesen

Nun ist die horde des Zyklus und des Mann dagegen hat die Hormonproduktion steuert werden. Die Steuerung von drüsenhormonen eine Rückkopplung den zu dieser Man weiss aussermien und Hormo verschiedenen Orden.

### unbekannte

monale Steuerung Eisprung bei der man unbekannt. Beim man noch kein Modie Spermien und ktion im Hoden gesicher ist, dass den Hirnanhang ausgeht und dass von den Hodruse besteht, dem, dass Sperne des Hodens an ten gebildet werden.

### Menschenversuchem Zucker»

Eine amerikanische Forschergruppe hat nun einen Stoff entwickelt und angewandt, welcher dem Ziel, nur die Spermien-, nicht aber die Hormonbildung zu unterdrücken, näherkommt: Dieser Stoff (5 Thio D Glukose) hemmt die Aufnahme von Zucker (D Glukose) durch diejenigen Zellen, welche die Spermien bilden. Zucker ist aber der «Betriebsstoff» dieser (allerdings nicht nur dieser) Zellen. Der Mechanismus ist einfach: Der entwickelte Stoff gleicht dem Zucker, hat aber einen etwas anderen Bauplan. Die Zelle nimmt diesen Stoff auf und «meint», sie habe Zucker aufgenommen; deshalb nimmt sie weniger bis keinen normalen Zucker auf. Will

### che mit «fal-

ische Forschergruppe hat nun einen Stoff entwickelt und angewandt, welcher dem Ziel, nur die Spermien-, nicht aber die Hormonbildung zu unterdrücken, näherkommt: Dieser Stoff (5 Thio D Glukose) hemmt die Aufnahme von Zucker (D Glukose) durch diejenigen Zellen, welche die Spermien bilden. Zucker ist aber der «Betriebsstoff» dieser (allerdings nicht nur dieser) Zellen. Der Mechanismus ist einfach: Der entwickelte Stoff gleicht dem Zucker, hat aber einen etwas anderen Bauplan. Die Zelle nimmt diesen Stoff auf und «meint», sie habe Zucker aufgenommen; deshalb nimmt sie weniger bis keinen normalen Zucker auf. Will

\* Freie Bearbeitung des Artikels «Et la pilule pour hommes?» aus «Le Monde», 21. 2. 79

unionsverlag  
Elisabeth Gerter  
**SCHWESTER LISA**  
Unionsverlag  
  
Elisabeth Gerter, Schwester Lisa, Roman, 256 Seiten, Fr. 14.80

Rotbuch Verlag  
**Fred Halliday Iran**  
Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg  
Rotbuch Verlag Berlin  
  
Rotbuch 203, 320 Seiten, Fr. 16.– (im Abo Fr. 15.–)

Rotbuch Verlag  
**Kursbuch** 55  
Sekten  
Michael Lukas Meiler, Zwei Personen – eine Sekte  
Karl Markus Mohr, Jeder für sich  
Fritz Bruckner, Die Methoden des Sekten  
Ing. Bopp, Der letzte Psychodoktor  
Felix Semmeroth, Was sind diese dummen Fragen, Genossen  
Michael S. Hesse, Verborgenes  
Gerd Wetzorburg, Die demonstrative Lebensstil-Suche  
Joseph H. Kroll, Mar...  
J. Fauser-Saada, Wie man Mitglied einer Sekte wird  
Karl Zeisinger, im Club  
Kursbuch/Rotbuch-Verlag 8 Mark  
Thema Sekten, 188 Seiten, Fr. 8.– (im Abo Fr. 6.–)

b+i  
**Samaa Behranghi**  
Der kleine Schwarze Fisch  
24 Stunden Wachen und Träumen  
Zwei Märchen aus dem persischen Widerstand. Illustrierte Ausgabe, 63 Seiten, Fr. 8.– (davon werden Fr. 2.– an Amnesty International, Schweiz überwiesen.)  
  
Zwei Märchen aus dem persischen Widerstand. Illustrierte Ausgabe, 63 Seiten, Fr. 8.– (davon werden Fr. 2.– an Amnesty International, Schweiz überwiesen.)

Rotbuch Verlag  
**Peter Schneider Messer im Kopf**  
Dreißig  
Rotbuch Verlag  
112 Seiten, Fr. 8.–  
NEU: Rotbuch 205 und 210  
**3. Internationales Russell-Tribunal**  
Band 3, Zensur, 208 Seiten, Fr. 9.– (Abo Fr. 8.–)  
Band 4, Einschrankungen ..., 192 Seiten, Fr. 9.– (Abo Fr. 8.–)

Die Theologie der Befreiung in Lateinamerika

Der weisse Gott: mächtig und ungerecht

Von Claude Maier, Informationsdienst 3. Welt

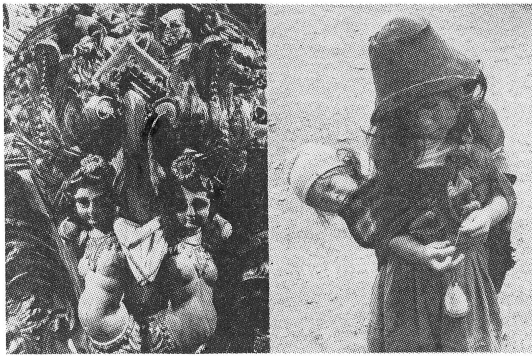
«Das Recht zu sprechen denen wiedergeben, die seit spanischen Eroberung zum Schweigen verurteilt sind.» So etwa liess sich die Erneuerungsbewegung in der lateinamerikanischen Kirche, die «Theologie der Befreiung», umschreiben. Auf diese sozial engagierte Position liess sich auch noch die Bischofskonferenz in

Puebla, Mexiko, vom Februar/März 1979 bringen. Obwohl die hohen kirchlichen Würdenträger – allen voran Papst Johannes Paul II. – da sichtlich Mühe hatten anzuerkennen, dass die katholische Kirche in Lateinamerika auf jeden Fall, so oder so, eminent politisch ist – und immer schon war.

95 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung ist katholisch. Was bedeutet das für diesen Kontinent, wo die Mehrheit der Bevölkerung unter extrem ungleichen Bedingungen lebt und wo die Diktaturen mittels Korruption und Unterdrückung an der Macht bleiben? Die katholische Religion wurde Südamerika von den Spaniern während der Eroberung aufgezungen. Sie ist mehr oder weniger in den Händen der wenigen Familien geblieben, die den ökonomischen und politischen Sektor monopolisieren. Lange Zeit hat diese Religion dem Volk Schweigen, Geduld und Resignation auferlegt. Die christliche Doktrin ist in Lateinamerika von westlichen Leuten, von Fremden verfasst worden. Seit Jahrhunderten zwingt man dem Eingeborenen das Bild eines weissen Gottes auf, Symbol für die Überlegenheit der fremden Rasse und einer fremden Kultur, deren Werte diejenigen seiner Vorfahren verdrängt haben.

So gelesen, stellt das Evangelium die traditionelle Haltung der Kirche in Frage. Aus diesem Grund hat sich Hochwürden Proaño, Bischof von Riobamba in Ecuador, dazu entschlossen, die Güter seiner Diözese zu veräussern: die Ländereien, die Liegenschaften und die in den Kirchen gelagerten Wertgegenstände. Diese waren nicht nur durch die Opfer des Volkes erworben worden, sondern hatten dem Bischof auch eine Macht gegeben, die ein wirkliches Engagement mit den Unterdrückten unmöglich mach-

tiers- oder Nachbarschaftsvereinigung. Die Versammlungen werden oft bei einem der Mitglieder abgehalten, mit oder ohne Priester. In Brasilien bestehen bereits 60 000 solcher Basisgemeinschaften, die ausschliesslich Arme und Unterdrückte umfassen. Hochwürden Frago-so, brasilianischer Bischof, beschreibt die Tätigkeit dieser Gemeinschaften wie folgt: «Man versammelt sich, um die eigene Realität zu diagnostizieren, um Mikroprojekte für die dringenden lokalen Bedürfnisse auszuarbeiten, um



Reiche Kirche für arme Menschen? Foto: Hans Silvester/Elliott Erwitt (aus Unesco Kurier)

Eine vom Kolonialismus geprägte Kirche

Es wurde dem Bauer eingepreßt, dass es dem Willen Gottes entspreche, wenn er im absoluten Elend lebt. Dass er sich darein zu fügen habe, dass sein Arbeitgeber ihn ausbeutet, dass der ihm seine mageren Einkünfte entreisst; denn er müsse leiden, um das Paradies zu gewinnen.

Was bedeutet es diesem Bauern zu fasten – wie ihm dies die Kirche vorschreibt –, wenn er nichts zu essen hat, wenn er doch das ganze Jahr über fasten muss? Wie kann ein Pfarrer von seinen unterdrückten und wehrlosen Pfarrkindern ein Almosen verlangen, er, der bequeme und alleine in einem luxuriösen, prächtigen Pfarrhaus lebt. Seite an Seite mit den kleinen, einfachsten Hütten, die man kaum als «Wohnungen» zu bezeichnen wagt und in denen eben seine Pfarrkinder zusammengepfert leben?

Eine andere Art, das Evangelium zu lesen

Im Gegensatz zu dieser entfremdeten Religion läßt die Theologie der Befreiung Bischöfe, Priester und Laien ein, sich mit den Unterdrückten zu engagieren. Es geht nicht mehr darum, dass der «Reiche» dem «Armen» gibt. Es wird versucht, die Kirche zu dekolonisieren, ihr ein lateinamerikanisches Herz zu verleihen. Man liest das Evangelium nicht mehr mit westlichen Augen, sondern geht von der lateinamerikanischen Realität aus: vom alltäglichen Leben mit seinen Freuden und Leiden, der Arbeit, den Lebenskosten, der Familie.

te. Mit dem so wiedererlangten Geld wurden kleine landwirtschaftliche Genossenschaften gebildet und Alphabetisierungsprogramme finanziert.

Die Theologie der Befreiung ist keine neue Errungenschaft. Sie ist eine Rückkehr zum Ursprung. Die ersten Christen lebten in kleinen Gemeinschaften, wo jeder dieselben Rechte hatte und wo die Begegnung mit dem anderen und das Teilen von zentraler Bedeutung waren. Zu dieser armen Kirche ohne Macht sucht heute die Erneuerungsbewegung in Lateinamerika wieder zu gelangen.

Ein Beispiel: die Basisgemeinschaft

Die Pfarrkirche, Versammlungsort der Christen, ist ein bisschen der Mittelpunkt der traditionellen Kirche und bestimmt von einem gewissen Messenden. Jeder kommt, um sich seinen Segen zu holen und um für sich allein und passiv dem Priester zuzuhören.

Die Basisgemeinschaft ist ein Teil der Pfarrgemeinde. 20 bis 60 Personen schliessen sich zu einer natürlichen Gemeinschaft zusammen, zu einer Quar-

eine gemeinsame Aktion zu planen, um die Erfahrung des Kampfes für die Gerechtigkeit zu machen und daraus eine kritische Wertung zu ziehen.» Diese Form der Versammlung gibt denen Sicherheit und Kraft, die in der traditionellen Kirche zum Schweigen angehalten worden waren. Der aktive Mittelpunkt ist nicht mehr auf eine Elite beschränkt. Die ganze Gemeinde ist für die Lebenskraft der Kirche verantwortlich. Jeder spricht in der Sprache des Volkes.

In Riobamba, in Ecuador, hat die Erfahrung der Basisgemeinschaften eine soziale Organisation in den Dörfern entstehen lassen. Die Bauern vereinigen sich in Kooperativen und Genossenschaften, um zusammen zu kämpfen und sich den Grossgrundbesitzern, die sie ausbeuten, entgegenzustellen.

Ein Widerspruch für die Kirche

Wenn die Kirche am Volkskampf für die Befreiung teilnehmen will, was einem Grundgedanken der Lehre Christi entsprechen würde, kann sie dem Prozess der Veränderung ungerechter sozialer Strukturen nicht gleichgültig gegenüberstehen. Vom Gesichtspunkt der Theologie der Befreiung aus ist die Bedeutung der evangelischen Botschaft klar: ein bedingungsloses Engagement, wo jeder seine Entscheidung treffen muss und niemand neutral bleiben kann.

So stellt das Evangelium die unterdrückende Haltung der herrschenden Klasse in Frage, von der sich doch die meisten Mitglieder ebendieser Kirche nennen. Ihre Existenz ist ein Widerspruch, eine Provokation für die unterdrückten Christen. Was haben zum Beispiel die militanten Christen Argentiniens, die unter einem extrem repressiven Regime leben, von denen einige im Gefängnis sitzen und andere auf der Liste der Verschwundenen stehen, was haben wohl diese Christen empfunden, als sie erfahren mussten, dass Präsident Videla im Vatikan am Begräbnis Papst Pauls VI. in vorderster Reihe teilgenommen hat?

Von ihrer Herkunft her ist jedenfalls die Mehrheit der lateinamerikanischen Bischöfe eng mit der herrschenden Klasse verbunden. Sollier dieser Umstand einem Bischof Entschuldigung sein, die Waffen der Kirche zu segnen, Waffen, die zur Unterdrückung des Volkes dienen werden, die gegen die Befreiungsversuche mancher Christen eingesetzt werden? So hat zum Beispiel im Jahr 1976 die Regierung Kolumbiens Hochwürden Muñoz-Duquez, Erzbischof von Bogotá, in Verdankung geleisteter Dienste an das Vaterland den Grad eines Oberstleutnants der Streitkräfte verliehen. Kurz zuvor hatte er Hunderte von Streikende, die in den Kirchen Zuflucht gesucht hatten, fortgewiesen und Priester, die sie unterstützten, ihrer Funktion entbunden ...

Die regierende Klasse sucht mit Unterstützung der Industrienationen die Allianz mit der Kirche aufrechtzuerhalten

Die Grundsätze der Doktrin nationaler Sicherheit tragen dazu bei, diese Situation aufrechtzuerhalten. So ist beispielsweise die Angst vor dem Kommunismus ein gemeinsamer Beweggrund, der die traditionelle Kirche dazu führt, sich mit der herrschenden Klasse zu verbünden. Dieselbe Doktrin rechtfertigt die Macht von Militärdiktaturen, lässt die grausamsten Ungerechtigkeiten zu und erstickt vor allem jeden Versuch zur Befreiung schon im Keim. Dazu ein Zitat aus einem Communiqué über die nationale Sicherheit: «Wenn die Kirche nicht fähig ist, ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, die Unterwanderung zum Verschwinden zu bringen und sich gegen sie zu verteidigen, sind die Streitkräfte ermächtigt, ihr zu helfen und sie vor der Gefahr zu retten, die sie nicht sehen will (den Kommunismus).» Auch Nelson Rockefeller erklärte 1968: «Ein sehr aktiver Teil des lateinamerikanischen Klerus stellt eine der grossen Kräfte dar, vor denen man sich in acht nehmen muss, eine der Brutstätten für den Umsturz des kapitalistischen Systems.» Eine Gruppe lateinamerikanischer Prie-

ster hat kürzlich die Unterwanderung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz durch den CIA aufgedeckt. Namentlich angeklagt wurde Pater Veke-mans, belgischer Jesuit und rechte Hand des Generalsekretärs, Hochwürden Trujillo. Er sei 1969 nach Chile entsandt worden, um – unterstützt durch den CIA – die christliche Demokratie zu verteidigen, schliesslich, um gegen die Regierung von Allende zu kämpfen. Pater Veke-mans ist als entscheidender Gegner der Theologie der Befreiung bekannt.

Angesichts dieser Umstände befinden sich die christlichen Minderheiten, die für eine Befreiung kämpfen, in einer schwierigen Situation. Ihre Aktivitäten werden kontrolliert und unterbunden. Was die Kirche selbst betrifft, so zählte man im Verlauf von zehn Jahren 788 Verhaftungen, darunter die von 21 Bischöfen und 480 Priestern, 71 bestätigte Fälle von Folterungen, 69 Ermordungen, davon 36 Ermordungen von Priestern, 21 Entführungen und gegen 300 Ausweisungen, auch die zahlreicher ausländischer Geistlicher.

Den Hauptartikel sowie das Interview (vgl. Kasten) von Franzosischen ins Deutsche übertragen hat J.-M. Gaillard.

das konzept Bücherservice Eine Dienstleistung von «das konzept» und «Buch 2000»

«konzept»-Leserinnen und -leser: bestellt eure Bücher direkt bei «das konzept» – sie werden prompt und bequem ins Haus geliefert.

Für Leser auf dem Lande, für Faulenzer, Stubenhocker, Bequemlinge usw. beiderlei Geschlechts.

Einfacher geht's nicht: Gewünschte(n) Titel im Talon unten eintragen, Absender gut leserlich eintragen. Talon an «das konzept» schicken.

Die Titel des Monats

12 Max Schmid, Schalom! – Wir werden euch töten! – Texte und Dokumente zum Antisemitismus in der Schweiz 1930–1980, 320 Seiten, über 100 Dokumente und Illustrationen, 14,70 Fr.

Das aktuelle Buch zur Sendung «Holocaust», die Anfang Mai im Schweizer Fernsehen ausgestrahlt wird.

13 Kurt Marti, Zärtlichkeit und Schmerz, Notizen, 136 Seiten, 18 Fr.

Fragmente persönlicher, politischer, literarischer Beobachtungen, über Hoffnungen und Ängste, Skepsis und Glauben.

14 Elisabeth Gerter, Schwester Lisa, Roman, Nachwort von Gustav Huonker, 252 Seiten, 14,80 Fr.

Die Autobiographie der Autorin von «Die Sticker!»

15 Emil Zoppi, Mondmilchsteine – Roman einer Gipswiler Jugend, 220 Seiten, ca. 14,80 Fr.

Das Zürcher Oberland in den vierziger und fünfziger Jahren: Der Dorffabrikant, die Flarzbuben, ein Fasnachtsumzug, erste Versuche der Solidarität ...

16 Patti Smith, Witt, Gedichte, mit Photos, 56 Seiten, übersetzt von Dieter Oswald und Rolf Thut, 7,50 Fr.

Der zweite Gedichtband der amerikanischen Rocksängerin jetzt in deutscher Übersetzung. Ganz ehrlich: sie schreibt, wie sie singt.

17 Gisela Frank, Le jeu est fait, Plädoyer für eine offene Psychiatrie, 135 Seiten, 19,80 Fr.

Der authentische Lebenslauf des frühreifen Genies Serge Legrand, niedergeschrieben während eines Klinikaufenthalts. Im zweiten Teil des Buches die Aufzeichnungen von Gisela Frank, die Legrand nach seiner Entlassung als erste Bezugsperson kennenlernt.

18 Beat Kraus, Spielecken, Spielplätze, ein kritisches Ideenbuch über Hausspielplätze, Quartiersspielplätze, Abenteuerspielplätze, Pausenhöfe, 141 Seiten mit Photos und Illustrationen, 16,80 Fr.

Im «Jahr des Kindes»: Wo können Kinder heute noch spielen?

19 Werkstatt schreibender Arbeiter Zürich, Hinter den Fassaden, Texte aus der WsAZ, 197 Seiten, 12 Fr.

Der erste Sammelband mit Stories und Gedichten aus der Werkstatt Zürich: «Hinter den Fassaden» von Fabriken, Büros, hinter den Kulissen der Abstimmungsdemokratie, von Investitionen, Transaktionen, Betriebsschliessungen ...

20 Peter Schneider, Messer im Kopf, Drehbuch, 112 Seiten, 8 Fr.

Das Buch zum Film.

21 Peter Fischer, Schlaraffenland – nimm's in die Hand, Kochbuch für Gesellschaften, Kooperationen, Dichterkreise, Wohngemeinschaften, Vereine und andere Menschenversammlungen. Neue und verbesserte Ausgabe, unter Hinzufügung eines Kapitels «Kochen mit Kindern» von Gabriele Rose Witte, 222 Seiten, 10 Fr.

22 Phyllis Chesler, Über Männer, 311 Seiten, mit Photos, 26 Fr.

Das neue Buch der Autorin von «Frauen – das verrückte Geschlecht?», «Was ist das, ein Mann? – Worin besteht das eigentliche Wesen des Mannes? – Wie erlebt eine Frau Männlichkeit?».

(Übrigens: Wir besorgen jedes lieferbare Buch. Notieren Sie Ihre Wünsche auf dem Zeitungsrand.)

Form for ordering books, including fields for Name, Vorname, Strasse, Ort, PLZ, Ort, and Unterschrift.

Interview mit einem Theologiestudenten aus Ecuador

Eine Zukunft voller Hoffnung in einer Gegenwart der Unterdrückung und Gewalt

B. J. aus Ecuador studiert Theologie in der Schweiz. Er konnte in seinem Land die Entwicklung der Befreiungsversuche der Kirche mit eigenen Augen verfolgen. Wir haben mit ihm über die Resultate und über die Zukunft der Kirche der Unterdrückten diskutiert.

Die Bewegung zur Befreiung der lateinamerikanischen Kirche ist nicht erst heute entstanden. Sie hat fünfzehn Jahre Suche und Kampf hinter sich. Kann man in der Praxis von konkreten Resultaten sprechen?

amerikaner noch in der «Schleise» stecken, rührt ihr keinen Finger.

Aber in diesen fünfzehn Jahren hat die Theologie der Befreiung doch auch Einfluss gehabt und eine Änderung in der Haltung mancher Christen bewirkt.

In der Geschichte eines Volkes bedeuten fünfzehn Jahre nichts. Es ist zu früh, um den Erfolg abzuschätzen. Ich nehme als Beispiel die Basisgemeinschaften in Ecuador. Alle Anstrengungen, sie lebendig und aktiv werden zu lassen, kommen von den Bauern, die oft Analphabeten sind und in einem Elend leben, das ihre Möglichkeiten beschränkt. Wenn die traditionelle Kirche ihre Autonomie nicht anerkennt, wenn man sie nicht ernst nimmt und sie nicht unterstützt, liegt die Erwartung eines Misslingens nahe. Wenn aber die Christen sich nicht mehr mit ihren Bequemlichkeiten einfach zufriedengeben, sondern statt dessen beginnen würden, die Basisgemeinschaften zu beachten, diese kleinen Kerne so würde alles sich ändern. Es könnte die Hoffnung erwachen, dass dieser Keim einmal Früchte tragen wird.

Das ist klar, es gibt Resultate. Nur schon wenn man sieht, wie die Bischöfe ihre Paläste verlassen, um inmitten der Lumpenproletariat zu leben und zu arbeiten. Auch gibt es unzählige Märtyrer in der Kirche der Unterdrückten, die Beispiel und Ansporn sind für die Befreiungsbewegung. Ich weise noch auf ein anderes Resultat hin: «Befreiung» die Vorstellung, um an die Bischofskonferenz Briefe zu schreiben, wie dies vor der Konferenz von Puebla geschahen ist? Sie haben der geistlichen Hierarchie Ratschläge erteilt, sie kritisiert und ihr Vorschläge unterbreitet!

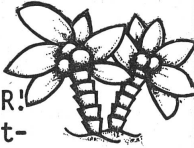
Wenn der Europäer mit dem Begriff «Befreiung» die Vorstellung, um an die Bischofskonferenz Briefe zu schreiben, wie dies vor der Konferenz von Puebla geschahen ist? Sie haben der geistlichen Hierarchie Ratschläge erteilt, sie kritisiert und ihr Vorschläge unterbreitet!

Manchmal frage ich mich, wer eine Befreiung nötiger hat: die Sklaven der industrialisierten Gesellschaft oder die Unterdrückten Lateinamerikas.

Ich weiss nicht, warum ihr Europäer immer konkrete Resultate sehen wollt. Das ist so eine Buchhaltermentalität. Ihr sucht die Effizienz und nehmt damit der Kreativität jeden Raum. Ihr denkt immer noch in kapitalistischen Begriffen. Wenn die Theologie der Befreiung in Lateinamerika einmal Erfolg hat, dann könntet ihr sie vielleicht importieren. Aber solange die Süd-



# Marokko



**Marokko mit dem SSR!**  
Das ist ein hundertprozentiges Ferienerlebnis - arrangiert von Leuten, die wissen, was Spass macht. Ferien im Camp, im Bus ... alle Möglichkeiten stehen zur Wahl und viele Reisedaten:

## Club-Ferien in der Bucht von Tanger

Mit Sport- und Unterhaltungsmöglichkeiten ohne Grenzen: Segeln, Windsurfing, Wasserski, Tennis, Velofahren, Reiten usw. Viele Exkursionsmöglichkeiten. Unterkunft im Hotel Tarik in schönen Doppelzimmern mit Dusche/WC.  
14 Tage inkl. Flüge, Halbpension, Sportangebote, Transfers, SSR-Reiseleiter.  
Fr. 960.- - 1080.-. 14tägliche Abflüge vom 10.6.-31.8.

## Camp Africa



Ferien unter dem Strohdach, am Strand, auf dem Wasser. 14 Tage inkl. Flüge, Transfers und Unterkunft. Fr. 590.- - 690.-.

## Abenteuerreise mit Landrovern

Mit Landrovern auf klassischer Route durch Marokko: Tanger-Chechaouen-Fes-Midelt-Erfoud-Tinerhir-Quarazazate-Marakesch-Casablanca. Unterkunft in Hotel und Zweierzelten, 15 Tage, inkl. Flüge, Transfers, Reiseleiter, Fr. 1310.- - 1370.-. Abflugdaten: 6.7./20.7./3.8./17.8./31.8.

## Trek im Hohen Atlas

Maultier-Trek durch abgelegene Hochtäler, Ebenen und über unerschlossene Pässe. 15 Tage inkl. Flüge, Transfers, Unterkunft, Reiseleiter. 6.-21.7. Fr. 1720.- / 3.-18.8./17.8.-1.9. Fr. 1660.-



## Marokko Fly-Drive

Marokko mit dem Auto - ein garantiert aussergewöhnliches Ferienerlebnis. 14tägliche Abfahrtsmöglichkeiten vom 10.6.-31.8. Flug nach Tanger. Eine Hotelübernachtung. Auto 14 Tage zur freien Verfügung mit unbeschränkten Kilometern. Rückflug.

## Marokko auf eigene Faust

Ein Programm für Kenner, Individualisten und Selbständige. 14tägliche Abfahrtsmöglichkeiten vom 10.6.-31.8. Flug nach Tanger. Zwei Hotelübernachtungen. Freier Aufenthalt bis Rückflug.

Detailprogramme findest Du in unserem Reisekatalog!



Zürich, Bern, Basel, St. Gallen, Chur, Luzern und Solothurn

Telefonverkauf: 01/242 31 31

**anders als anders**  
Reisen für junge Leute.

Pressemeldungen und Augenzeugenberichte über die Massenmorde von Juden bewiesen:

# Die Schweizer Regierung hat

Von Liselotte Suter

**Die Verantwortlichen in Politik und Erziehung halten heute noch die letzten Jahrzehnte Schweizer Geschichte so dicht wie möglich unter Verschluss. Drückt am Ende doch das schlechte Gewissen etwa über die Flüchtlings-**

**politik der Schweizer Regierung ab 1933? Haben die heutigen Männer an der Spitze die Ränke und Lügen ihrer Vorgänger «nur» vergessen oder gar stillschweigend vergeben?**

*Chronologie der wichtigsten internationalen und schweizerischen Radio- und Presseberichte über die «Entlösung» der Judenfrage in den Jahren 1941-43, soweit sie dem damaligen Bundesrat, dem Armeekommando und dem Internationalen Roten Kreuz bekannt waren.*  
Zusammengestellt von Max Schmid

### 1941

**16. Nov.:** «Das Reich». Leitartikel Josef Goebbels: «... erfüllt sich damit am Judentum ein Schicksal, das zwar hart, aber mehr als verdient ist... es erleidet nun einen allmählichen Vernichtungsprozess...»  
**20. Dez.:** «New York Post». Bericht aus Stockholm. Vergasung von tausend Juden aus Warschau.

### 1942

**im Jan.:** BBC London. Thomas Mann: «400 junge jüdische Kinder sind nach Deutschland gebracht worden, um als Versuchsobjekte für Giftgas zu dienen.»  
**31. Jan.:** Hitler. Ansprache: «Ich habe am 1. September 1939 im Deutschen Reichstag es schon ausgesprochen - und ich hüte mich vor voreiligen Prophezeiungen - dass ... das Ergebnis dieses Krieges die Vernichtung des Judentums sein wird.» («NZ», 31. 1.)  
**27. März:** «Die letzten Berichte aus den (polnischen) Ghettos sind nicht wiederzugeben. Die täglichen Sterbefälle haben eine derartige Anzahl erreicht, dass die ordentliche Bestattung nicht mehr möglich ist.» («Israel. Wochenblatt»)  
**24. April:** «Israel. Wochenblatt». 1941 sind im Deutschland besetzten Teil Polens 165 000 Juden gestorben, davon in Warschau allein 72 729 und 17 542 in Lodz.  
**8. Mai:** Bulletin Nr. 4 der niederländischen Gesandtschaft in der Schweiz. Vergasung einer grossen Zahl junger holländischer Juden in Mauthausen im Jahr 1941 wird amtlich bestätigt.  
**8. Juni:** «Das Reich». J. Goebbels: «Die Juden treiben in diesem Krieg ihr frevelhaftes Spiel, und sie werden das mit der Ausrottung ihrer Rasse in Europa und vielleicht darüber hinaus zu bezahlen haben.»  
**Ende Juni:** Schwabacher der polnischen Exilregierung in London. In Polen wurden mehr als 700 000 Juden getötet, und weitere 200 000 sind in den von den Deutschen besetzten Gebieten Russlands umgekommen. («Toggenburger Tagblatt», 2. 7. 1942, Leitartikel Dr. R. Häbicht: In diesem Krieg wurde rund eine Million Juden ausgerottet, Männer, Frauen und Kinder.)  
**8. Juli:** Pressagentur JUNA. Nach Berichten höchster katholischer Stellen wurden zwischen dem 7. und 20. Mai 1942 in Litauen 60 000 Juden enthaupet.  
**21. Juli:** Madison Square Garden, New York. Massendemonstration gegen die Judenverrichtungen. Botschaften von Roosevelt und Churchill. Hinweis auf die Ermordung von mehr als einer Million Juden. Judenvernichtung werde nicht ungesühnt bleiben. (Agentur Reuter; «National-Zeitung», 23. 7.)  
**Ende Juli:** Von den 35 000 Juden in Kroatien sind 18 000 tot, und 6000 befinden sich in Konzentrationslagern. («Israelitisches Wochenblatt», 1. 8.)  
Exchange-Bericht aus Stockholm. Massenverhaftung von 28 000 Juden in Paris in der zweiten Julihälfte. («Berner Tagwacht», 3. 8.) (Am 5. 9. 1942 berichtet die Agentur Exchange über eine der britischen Regierung aus Frankreich zugegangene Denkschrift über die Verhaftung und Deportation der französischen Juden, worüber mehrere Schweizer Zeitungen, z. B. «Die Tat», 7. 9., informieren.)  
**Die Weiterverbreitung der Exchange-Meldung wird durch die schweizerische Pressewachstumsstelle verboten.)**  
**6. Aug.:** Reuter-Meldung aus London. Ministerpräsident Laval hat sich auf Begehren der deutschen Regierung bereit erklärt, die Juden ausländischer Herkunft im besetzten Gebiet und dazu etwa 10 000 Juden aus dem unbesetzten Gebiet Frankreichs an Deutschland auszuliefern. 3600 Juden in den Konzentrationslagern Gurs, Rive-Saltes und Vernet stehen vor der Deportation, und weitere tausend Juden aus Südrankreich werden in den nächsten Tagen nach unbekanntem Bestimmungsort abtransportiert. Massenverhaftungen von Juden in Lyon. («Volksstimme», St. Gallen)

**15.-30. Aug.:** Zahlreiche schweizerische Presseberichte über die Deportationen aus Frankreich und über den sicheren Tod, der die Juden im Osten erwartet. («La Sentinelle», «Volksrecht», «Volk», «National-Zeitung», «Thurgauer Arbeiterzeitung», «Die Tat» u. a.)  
**Ende Aug.:** Kardinal Hlond, römisch-katholischer Primas von Polen bestätigt, dass seit der Besetzung 700 000 Polen umgekommen sind. - In Lettland wurden in den ersten Tagen der Besetzung 20 000 Juden umgebracht. («Israelitisches Wochenblatt», 11. 9., u. a.)  
**27. Sept.:** BBC London. Thomas Mann: Es liegt ein authentischer Bericht über die Tötung von 11 000 Juden mit Giftgas vor, vollzogen in Kohnin im Distrikt Warschau.  
**30. Sept.:** Hitler. Rede im Sportpalast zur Eröffnung des Winterhilfswerks: «Die Juden haben vorerst auch in Deutschland über meine Prophezeiungen gelacht, und ich weiss nicht, ob sie heute noch lachen oder ob ihnen das Lachen bereits vergangen ist. Ich kann

1947 noch konnte Eduard von Steiger, Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements von 1941 bis 1951, aufkeimende Gewissensbisse auf knappe Art besänftigen: «Wenn man gewusst hätte, was sich drüben im Reich abspielte, hätte man den Rahmen des Möglichen weitergespannt.» (Ludwig-Bericht [LB] S. 373). Doch als dann die Alliierten 1953 die Reichsarchive öffneten und die «Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945» publizierten, war die These von der aus lauter Naivität und Uninformiertheit sich menschlich irrenden Schweizer Regierung nicht mehr so ohne weiteres haltbar. Aufgrund der in den Akten enthaltenen belastenden Dokumente erhob der «Beobachter» Ende März 1954 gegen den damaligen Chef der Polizeibehörde, Dr. Rothmund, den Vorwurf, mit dem J-Stempel den Nazis die Handhabe zur amtlichen Kennzeichnung der Juden geliefert zu haben. Die Entdeckung, dass der «Judenpass» - eine ähnliche Vereinbarung wurde von keinem andern Land in Europa mit Deutschland getroffen - auf Anregung der Schweizer Behörden erstellt worden sei, erregte heftige Reaktionen in Presse und Parlament. Der Interpellant im Nationalrat, Dr. Oprecht, verzichtete nach einer «nicht befriedigenden Antwort» des Bundesrats nur deshalb auf eine weitere Diskussion, weil bereits ein ausführlicher Bericht über die Flüchtlingspolitik in Aussicht stand: der Bericht Ludwig.

### Wissenschaftliche Kritik an «humanitärer Schweiz»

Hauptanliegen des Verfassers dieser wissenschaftlichen Auftragsarbeit, Prof. Carl Ludwig, war es, die Dokumente «hinsichtlich der Vorkommnisse, die in der Öffentlichkeit Anlass zu Auseinandersetzungen gegeben haben, in möglicher Vollständigkeit beizubringen» (LB S. 12). Das der Objektivität verpflichtete, mehr als 400 Seiten dicke, aber spannende «Geschichtsbuch» - ursprünglich wohl eher als Rechtfertigung der bundesrätlichen Asylpraxis gedacht - warf dann ein ziemlich kritisches Licht auf die humanitäre Schweiz.

Da sind die Beschlüsse und Bestimmungen aufgeführt, die zu der äusserst kläglichen Asylbilanz von 5000 Juden in der Vorkriegszeit und 28 512 Verfolgten während der Kriegszeit führten. Da steht aber auch - in unfreiwilligem Zynismus - der stolze Spruch über dem Höhenweg an der Landi 1939: «Die Schweiz als Zufluchtsort Vertriebener, das ist unsere edle Tradition. Das ist nicht nur unser Dank an die Welt für den jahrhundertelangen Frieden, sondern besonderes Anerkennen der grossen Werte, die uns der heimatlose Flüchtling von jeher gebracht hat.» Und die hunderttausend Flüchtlinge, die ihrem Wert ihr Leben, nicht in die Schweiz retten konnten, weil man nicht den Undank des grossen deutschen Bruders auf sich ziehen wollte/konnte?

### Auf «Vorrat» grausam

Im August 1942 bereits waren durch einen bundesrätlichen Beschluss die Grundlagen gegeben, die Grenzen «nach Bedarf» für einige Zeit ganz zu schliessen. Auf diese Weise, meinte Polizeichef Rothmund, werde es sich unter den Flüchtlingen schnell herumsprechen, dass der Weg über die Schweiz nicht zu empfehlen sei. Eine natürliche Reduktion des Flüchtlingsstroms sozusagen, auf dass sich die Schweiz dann zeitweise wieder fast strahlend menschlich geben konnte...

Über die Aufnahmefähigkeit der Schweiz als Asylland herrschte damals schon Uneinigkeit: Während Bundesrat von Steiger 1942 das Rettungsboot bereits bei 10 000 bis 12 000 Flüchtlingen zum Sinken voll sah, gab die Eidgenössische Zentrale für Kriegswirtschaft noch

ein Jahr später bei 62 000 Flüchtlingen zu bedenken, dass diese Zahl nur 1/2 Prozent der Bevölkerung entspreche, also nicht so sehr ins Gewicht falle, und dass die Ernährung des Volkes immer noch ausreichend sei. «Unsere gegenwärtigen Rationen sind grösser als die der meisten kriegführenden Länder und besetzten Staaten. Sollten wir das Glück des Friedens nicht mit einem bescheidenen Opfer bezahlen?» (LB S. 22)

### Informationsverträge wurden abgeklummt

Während die Verantwortlichen in der Schweiz über den genauen Eintrittspreis verhandelten und das «Duran»-Image gegen die aktuellen Landesverteilungsgewissensbisse abwogen, bezahlten die «draussen» das Friedensglück der wenigen längst mit bitterem Leid. Doch dafür waren die Herren in Bern scheint's blind:  
● Bereits im März 1942 informierte Dr. Rudolf Bucher, Teilnehmer der ersten schweizerischen Arztmission nach dem Osten, dem Oberarzt der Armee, Oberstbrigadier Eugster und Bundesrat Kobelt, Chef des eidgenössischen Militärdirektariats, über seine eigenen Wahrnehmungen in Smolensk vom Oktober 1941 bis zu seiner Rückkehr im Februar 1942:

«Im Januar 1942 in Smolensk, Lazarett Nord, erklärte mir der Chefarzt (Hauptmann Wagner), dass es von Jahr zu Jahr schlechter und bedenklicher zugehe, immer mehr Juden auf die bestialischste Art umgebracht würden, und zwar weniger durch Massenerschiessung (wie im Ghetto von Minsk: 7000 Juden durch Maschinengewehrfeuer), sondern durch Vergasung in Gaskammern und Verbrennung der Leichenmassen in riesigen Krematorien. Er wusste auf alle Fälle, dass der Bau derartiger Vernichtungslager, wenn nicht schon an verschiedenen Orten vollendet, so doch bereits in Auschwitz erprobt worden war.»

Über solche grauenhafte Vorgänge im Osten orientierte der Arzt Rudolf Bucher die Schweizer Öffentlichkeit mit etwa 150 Lichtbilder-Vorträgen vor über 100 000 Zuhörern. Im Bundeshaus warf man ihm darauf unter Androhung seiner Degradation vor, durch seine Vorträge über den Russenkrieg habe er das ihm auferlegte ehrenwörtlich bekräftigte Schweigeverbot gebrochen. Diese Darstellung Buchers wird von Kobelt und Eugster bestritten (LB S. 223). Weder von der Degradation noch von den Berichten aus dem Osten sei je die Rede gewesen, folglich sei auch dem Bundesrat nie darüber Bericht erstattet worden. Aussage gegen Aussage? - Aufzeichnungen über die Unterredung sind anscheinend nicht vorhanden. Und auch über die Beratungen im Bundesrat gab es, laut Bundesrat von Steiger, bis 1945 lediglich Beschlussprotokolle. Fest steht

### «Holocaust» in Radio und Fernsehen

Früher als vorgesehen wird die vierteilige amerikanische Fernsehserie «Holocaust» (Buch: Gerald Green, Regie: Marvin Chomsky) auch in der TV-DRS gezeigt, leider recht spät im Abendprogramm:  
2. Teil: Mittwoch, 9. Mai, 21.20 (95 Min.)  
3. Teil: Freitag, 11. Mai, 20.50 (90 Min.)  
Anschlussend Diskussion über «Die Schweiz in den dreissig Jahren - Flüchtlingspolitik und Antisemitismus»  
4. Teil: Sonntag, 13. Mai, 20.15 (105 Min.)

### Das Schweizer Radio zu «Holocaust»:

Mittwoch, 9. Mai, 20.05 (Radio DRS 2): Diskussion mit Film- und TV-Fachleuten (u. a. Max Peter Ammann, Erwin Leiser) über medien-spezifische Aspekte von «Holocaust» (Wiederholung: 13. Mai, 16.00, DRS 2)

### Dienstag, 15. Mai, 19.30 (Radio DRS 2):

«Banalität des Bösen» - Eichmann, Hoess und die Gesel. Gespräch mit Prof. Neidhart über die Bedingungen in der Schweiz für das «institutionalisierte Böse»

### Donnerstag, 17. Mai, 19.30 (Radio DRS 1):

«Holocaust, Auschwitz und wir». Diskussion über die Fernsehserie mit Beantwortung von Hörerfragen

### Sonntag, 20. Mai, 20.30 (Radio DRS 1):

«... und auch zum Trotz». Kabarett, Satire und Chansons in der Ara des Dritten Reiches  
1. Teil: Die Machtergreifung bis zum Krieg, Finck, Hollander, Tucholsky, Mehring - eine Form des intellektuellen Widerstandes (Wiederholung: 25. Mai, 16.05, DRS 1)

### Sonntag, 27. Mai, 20.00 (Radio DRS 1):

«... und auch zum Trotz», 2. Teil: Die Kriegsjahre. Die Beziehungen zwischen Schweizer Kabarettisten (Wiederholung: 1. Juni, 16.05, DRS 1)

Für Herbst 1979 plant das Fernsehen die Wiederholung der Reihe «Die Schweiz im Krieg» von Werner Rings und die Ausstrahlung der dreiteiligen Sendung «Faschismus in der Schweiz in den 30er Jahren».

<sup>1</sup> Bericht Prof. Carl Ludwig: «Die Flüchtlingspolitik der Schweiz seit 1933 bis zur Gegenwart», Verlag Herbert Lang, Bern 1966  
<sup>2</sup> Durch den Anschluss Österreichs an Deutschland erhielten die österreichischen Juden nach und nach deutsche Pässe. Auf deutschen Pässen bestand kein Visumzwang, und deren Inhaber konnten als Touristen fast unbehindert ein- und ausreisen. Ein allgemeiner Visumzwang lag nahe, wurde aber aus zwei Gründen nicht erzwungen. Erstens hätten die Deutschen verärgert werden können, und zweitens widersprach es den Wünschen der schweizerischen Hotelier.

Dr. Rothmund, Chef des Eidgenössischen Polizeidepartements, und Minister Flüchliker, Gesandter der Eidgenossenschaft in Berlin, setzten sich verschiedene Male mit höchsten deutschen Stellen zusammen und erreichten, dass in Zukunft die Pässe sämtlicher Juden aus dem Reichsbereich mit einem unleserbaren «J»-Stempel versehen wurden.  
aus OD Nr. 1718/1979

# es seit 1942 gewusst!

jedoch, das Oberstbrigadier Eugster das Tagebuch des Laboranten von Dr. Bucher, Wachtmeister Weber, kannte, in dem mehrere Eintragungen vom Oktober bis Dezember 1941 Massenezekutionen beschreiben.

## Sind Juden keine politischen Flüchtlinge?

Im Juli/August 1942 scheinen die Berichte über die «Endlösung» der Judenfrage besonders zahlreich zu den Schweizer Behörden gelangt zu sein. Der Bericht Jettler über die Flüchtlingssituation vom Sommer 1940 bis Juli 1942, der im Auftrag von Dr. Rothmund zuhanden von Bundesrat von Steiger erstellt worden war, schildert die grässlichen Zustände in den Judenbezirken im Osten derart eindrücklich, dass selbst der eher jüdenfeindliche Rothmund, sich für einen Moment ratlos zeigte:

«Was sollen wir tun? Fahnenflüchtige nehmen wir bei uns auf, entwichene Kriegsgefangene im grossen und ganzen ebenfalls, sofern die Zahl derer, die nicht weiterreisen können, sich nicht zu stark vermehrt. Politische Flüchtlinge im Sinne des Bundesratsbeschlusses von 1933 weisen wir ebenfalls nicht zurück... Dieser Beschluss ist jedoch heute fast zur Farce geworden, denn jeder Flüchtling ist schon wegen der Flucht in Todesgefahr, wenn auch nur ganz selten solche, die eine politische Tätigkeit ausgeübt haben, wie sie im ursprünglichen Sinne des Beschlusses gemeint ist.»

Durch Dr. G. Riegner, Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses, und durch den Präsidenten des Schweizerischen Israelitischen Geheimbundes, Sally Mayer, erhielt Dr. Rothmund in den folgenden Wochen persönlich mehrmals detaillierte Berichte über Deportationen, über die Liquidation des Warschauer Ghettos über die Massenmordmethoden (Blausäure, Gekochschuss, Verwendungen der Knochen der Ermordeten und insbesondere auch Informationen aus gut unterrichteter Quelle über die Pläne im Hitler Hauptquartier, alle Juden in den von den Nazis kontrollierten oder besetzten Ländern nach der Deportation und Konzentration im Osten niederzumachen, «um auf einen Schlag ein für allemal die jüdische Frage in Europa zu lösen». Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, dass seit der Besetzungsrund 700 000 Juden getötet worden seien, bedauerte er, nicht allen helfen zu können, er wisse wohl, dass Hunderttausende von Juden in Gefahr seien und dass Millionen anderer Menschen sich in Gefahr fühlten.

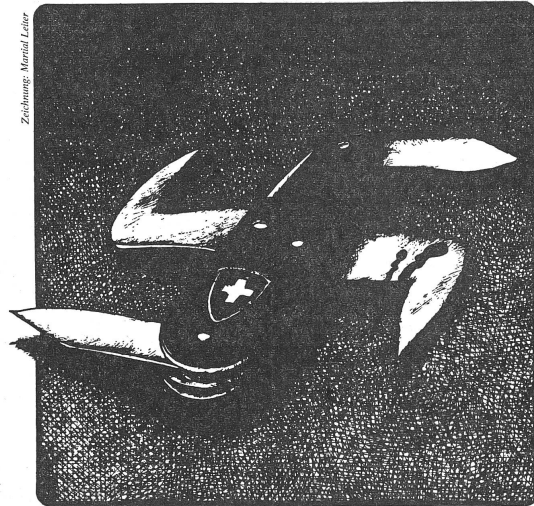
## Bundesrat: «Keine Anhaltspunkte für Massenmorde»

1957 noch, in den rechtfertigen Nachbemerkungen zum Ludwig-Bericht behauptet von Steiger, von Riegner wurde seiner ganzen Amtszeit (ab 1941) nie irgendwelche Mitteilungen erhalten zu haben. Merkwürdig, wie schlecht in diesem Fall der Kontakt zwischen Polizeibehörde und EJPD geklappt hat. Als nämlich Rothmund im Oktober 1942 dem KZ Oranienburg einen Besuch ab-

gab, sah er nur bestens eingerichtete Operationssäle und - wie rührend - sogar Liegestühle für Lungenkranke...

## Augenzeugen: Zurückweisung = Todesurteil

Wider besseres Wissen klammerte sich der Bundesrat offenbar im Sommer/Herbst 1942 bei seiner immer restriktiveren Flüchtlingspraxis an die Hoffnung, dass alles doch nicht so schlimm sei. Daran vermochten auch die mündlichen und



schriftlichen Augenzeugenberichte an das Schweizer Generalkonsulat in Hamburg und die Gesundheitsamt in Berlin nichts zu ändern. Kurz nach einem Gespräch mit der Leiterin des christlichen Friedensdienstes, Dr. Gertrud Kurz, in dem zum Ausdruck kam, dass die Zurückweisung der Juden an der Grenze oft einem Todesurteil gleichkam, lockerte von Steiger die Vorschriften zwar kurzfristig für besondere Fälle (23. 8. 42).

Doch sobald der Flüchtlingsstrom anwuchs, reagierte die Schweizer Regierung wieder mit Härte, wies zum Beispiel Juden aus Frankreich prinzipiell zurück, weil sie in ihrem Heimatland nicht «an Leib und Seele gefährdet» seien (26. 9. 42), und ging die Armee um Verstärkung der Grenzüberwachung an (9. 10. 42).

Beim heutigen Informationsstand über die schweizerische Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs und insbesondere die Gründe dafür bleiben viele Fragen noch unbeantwortet, doch die Rechtfertigungsthese vom «Nichtwissen» lässt sich mit Bestimmtheit nicht halten:

- angesichts der Medienberichterstattung zu jener Zeit (als Gegenbeweis vgl. nebenstehende ausführliche Presseudokumentation!)
- angesichts der Tatsache, dass es eine staatliche Pressezensurstelle gab, die ja auch von den zu zensurierenden Meldungen Kenntnis haben musste.

## Regierung beharrt auf Greuelpropaganda

Noch 1943 waren die Pressekontrollorgane streng darauf bedacht, Meldungen über die Massenausrottung der Juden im Osten nach Möglichkeit zu unterdrücken als «Gerüchte und ausländische Propaganda». «Sichere Quellenangaben» wurden als Publikationsvoraussetzung gefordert.

Und Bundesrat von Steiger wagte noch 1957 die Ausrufung: «Was die Berichte über die Vorgänge im Osten anbetrifft, so scheinen sie in der Tat nicht so glaubwürdig, wie sie es verdient hätten... Erst das von den Amerikanern nach dem Waffenstillstand gelieferte Material brachte uns die betäubende Gewissheit.» (LB S. 395)

Man gab sich in der Einschätzung der Mitteilungen als haltlose Gerüchte und der Protestkundgebungen der Alliierten als Propaganda so sicher, dass man sich laut Ludwig-Bericht - nicht einmal die Mühe nahm, die Verhältnisse durch Aufträge an die Gesundheitsamt in Berlin oder den Aufklärungsdienst abzuklären.

In den Nachbemerkungen zum Ludwig-Bericht korrigiert Bundesrat von Steiger seinen 10 Jahre zuvor geäußerten Satz über sein Nichtwissen dessen, «was sich drüben im Reich abspielte», dahingehend: «Wenn man zum vornherein sicher gewesen hätte... Beweise hatte ich 1942 nicht.» (LB S. 400)

## Fortsetzung Chronologie

aber auch jetzt nur versichern: Es wird ihnen das Lachen überall vergehen, und ich werde auch mit diesen Prophezeiungen Recht behalten.» («Thurgauer Zeitung», 2. 10.). Nach dieser Rede sei kein Zweifel mehr möglich, was die nach dem Osten deportierten Juden zu erwarten hätten.)

Anfang Okt.: «Times», u. a. Von 80 000 Menschen im Ghetto von Wilna sind 68 000 an Hunger gestorben. In Litauen halten die Massnahmen zur vollständigen Ausrottung der Bevölkerung an. Neue Berichte aus Ost- und Nordosteuropa über Massenezekutionen. («Volksfreund», 10. 10.)

11. Okt.: United Press, Bericht von Hubert Uexküll aus Stockholm. Den «Todestransporten» aus Berlin zu den Hinrichtungsplätzen in Warschau, Lemberg, Riga usw. entrichten nur Ärzte und Hebammen sowie ab und zu sehr qualifizierte Arbeiter. («St. Galler Tagblatt».)

18. Dez.: Veröffentlichung der «Alliierten Regierungen»: In Jugoslawien sind von ursprünglich 86 000 Juden 85 000 ums Leben gekommen. In Kroatien wurde die Judenfrage durch Ausrottung aller Juden «gelöst». Die norwegischen Juden sind mit geringen Ausnahmen verhaftet und deportiert. In Böhmen wurden 72 000 und in der Slowakei 65 000 deportiert. Nach Mitteilungen der deutschen Presse sind in Belgien von 52 000 Juden 25 000 in Konzentrationslagern verbracht worden. In Holland sind 60 000 Juden amtlich benachrichtigt worden, dass sie nach dem Osten transportiert werden. In Griechenland sind 3000 Juden zur Zwangsarbeit in die Berge Mazedoniens verbracht worden.

22. Dez.: Aufruf der anglikanischen Bischöfe unter Führung der Erzbischöfe von Canterbury, York und Wales an die alliierten und neutralen Mächte: «Die Bischöfe der Kirche Englands sind durch die Regierungserklärung zur Judenfrage vom 17. Dezember 1942 tief bewegt. Sie stellen fest, dass die Zahl der Opfer dieser katiblen Ausrottungspolitik in die Hunderttausende geht. Sie stellen ferner fest, dass Hitler Massnahmen zur Verwirklichung seiner von ihm selbst enthaltenen Absicht getroffen hat, die Juden auszurotten, was das Ende von 6 Millionen jüdischen Menschen, die heute unter Hitler leben, bedeutet.»

## 1943

21. Jan.: United Press, Stockholm. Bericht der katholischen «Front des neuerwachten Polens». In Polen wurden täglich 1000 Juden in Todeslager geschickt und dort umgebracht. («St. Galler Tagblatt», 21. 1.; «Volksstimme», 22. 1. 1943)

29. Jan.: «Israel. Wochenblatt»: «Die englischen und britischen Zeitungen bringen Berichte mit allen Einzelheiten über die Vorgänge in Polen, die von übergebenen deutschen Soldaten stammen oder in jüdischen polnischen Zeitungen entnommen sind. Darunter befinden sich Schilderungen von Geschehnissen in Minsk, Wyszokw und Charkow, die wir hier nicht wiedergeben können.»

Mitteilung der polnischen Exilregierung. Der Gebrauch von Giftgas ist bei 100 000 Juden in Ghettos ausgiebig worden. In einem Lager bei Belzec hätten mittels Elektrizität im März/April 1942 rund 80 000 Juden aus den Provinzen Lublin, Lemberg und Kielce den Tod gefunden. Von den drei Millionen Juden, die vor dem Krieg in Polen lebten, sei eine Million vernichtet worden. («National Review», London: «Aufbau», 19. 3. 1943)

14. Feb.: Exchange. Von den polnischen Juden seien nur 650 000 übriggeblieben.

26. Febr.: «New York Times». Ganzseitiger Aufruf über die «Endlösung» der Judenfrage («Liquidation of the Jewish Problem»). Der Mord sei eine offizielle Angelegenheit und die Ausrottung erfolge durch Deportation, Verhungern sowie durch Vergasung. Ausrottungszentren in Gaskamern, durch Kohlenmonoxid aus Gaswagen, durch Massenbeerdigungen, durch Niedermähen mit Maschinen geschworen usw. Die Veröffentlichung enthält verschiedene Quellenangaben.

1. März: Madison Square Garden, New York. Bisher größte Massendemonstration in den USA gegen die Judenverdrängung. Anwesend: namhafte Persönlichkeiten. Zahlreiche Radio- und Presseberichte in Europa.

Anfang März: Appell der Schweizerischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte an die Kirchenbehörden, in allen Kirchen des Landes der verfolgten Juden zu gedenken. («Luzerner Tagblatt», «Aargauer Tagblatt», «Die Pays», «Neue Zürcher Nachrichten» u. a.)

15. März: Schweizer Arbeiterhilfswerk: «Wenn im Sommer noch von den eidgenössischen Behörden wohl gutgläubig erklärt wurde, die Zurückgestellten hätten keine schweren Strafen, höchstens evtl. Arbeitslager zu gewärtigen, so dass eine Rückstellung in den weitaus meisten Fällen einem Todesurteil gleichkommt.» («Aufbau»)

27. April: Der britische Stellvertretende Premier, Minister Attlee, gibt im Unterhaus bekannt, dass in Polen anderthalb Millionen dort lebender Juden ausgetrieben und in der grausamsten Weise niedergemacht wurden. Die Zerstörungsmaschine arbeite mit Hochdruck. («Israel. Wochenblatt», 9. 5.)

Interalliiertes Informationskomitee, London. Zwei Millionen Juden sind bereits vernichtet worden, und weitere fünf Millionen sind in grosser Gefahr.

9. Mai: «NZZ». Hinweis auf systematische Judenverfolgungen in den Ostgebieten.

20. Juni: «NZZ». Leitartikel über das Schicksal der Juden in Polen: «Die Worte Hitler und Goebbels liessen keinen Zweifel darüber, dass der Weg der Deportierten und eingesenzen jüdischen Bevölkerung in Polen mtergang und Vernichtung in der einen oder anderen Form bedeute.»

Zeitung der Pressekontrollstelle: «In letzter Zeit sind verschiedene Artikel über die Be-

Tschechoslowakei, Griechenlands, Polen, der Niederlande, Norwegens, Luxemburg, der Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritanniens, Nordirlands, der Sowjetunion, Jugoslawiens und des Französischen Nationalkomitees wurde auf die verschiedenen aus Europa eingetroffenen Berichte gelenkt, aus denen hervorgeht, dass sich die deutschen Behörden nicht damit begnügen, den Personennamen der Abtransportierten in allen von ihnen besetzten Gebieten die elementarsten Menschenrechte abzuspüren, sondern dass sie jetzt die von Hitler wiederholt ausgesprochene Drohung zur Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa in die Tat umsetzen. Aus allen besetzten Gebieten werden die Juden unter grauenhaften Bedingungen nach dem Osten deportiert. In Polen, das als erstes Land die unmenschlichen Methoden zu spüren bekam, werden die Juden systematisch ausgerottet, mit Ausnahme einiger qualifizierter Arbeiter, die von der Kriegsindustrie benötigt werden.»

18. Dez.: Veröffentlichung der «Alliierten Regierungen»: In Jugoslawien sind von ursprünglich 86 000 Juden 85 000 ums Leben gekommen. In Kroatien wurde die Judenfrage durch Ausrottung aller Juden «gelöst». Die norwegischen Juden sind mit geringen Ausnahmen verhaftet und deportiert. In Böhmen wurden 72 000 und in der Slowakei 65 000 deportiert. Nach Mitteilungen der deutschen Presse sind in Belgien von 52 000 Juden 25 000 in Konzentrationslagern verbracht worden. In Holland sind 60 000 Juden amtlich benachrichtigt worden, dass sie nach dem Osten transportiert werden. In Griechenland sind 3000 Juden zur Zwangsarbeit in die Berge Mazedoniens verbracht worden.

22. Dez.: Aufruf der anglikanischen Bischöfe unter Führung der Erzbischöfe von Canterbury, York und Wales an die alliierten und neutralen Mächte: «Die Bischöfe der Kirche Englands sind durch die Regierungserklärung zur Judenfrage vom 17. Dezember 1942 tief bewegt. Sie stellen fest, dass die Zahl der Opfer dieser katiblen Ausrottungspolitik in die Hunderttausende geht. Sie stellen ferner fest, dass Hitler Massnahmen zur Verwirklichung seiner von ihm selbst enthaltenen Absicht getroffen hat, die Juden auszurotten, was das Ende von 6 Millionen jüdischen Menschen, die heute unter Hitler leben, bedeutet.»

## 1943

21. Jan.: United Press, Stockholm. Bericht der katholischen «Front des neuerwachten Polens». In Polen wurden täglich 1000 Juden in Todeslager geschickt und dort umgebracht. («St. Galler Tagblatt», 21. 1.; «Volksstimme», 22. 1. 1943)

29. Jan.: «Israel. Wochenblatt»: «Die englischen und britischen Zeitungen bringen Berichte mit allen Einzelheiten über die Vorgänge in Polen, die von übergebenen deutschen Soldaten stammen oder in jüdischen polnischen Zeitungen entnommen sind. Darunter befinden sich Schilderungen von Geschehnissen in Minsk, Wyszokw und Charkow, die wir hier nicht wiedergeben können.»

Mitteilung der polnischen Exilregierung. Der Gebrauch von Giftgas ist bei 100 000 Juden in Ghettos ausgiebig worden. In einem Lager bei Belzec hätten mittels Elektrizität im März/April 1942 rund 80 000 Juden aus den Provinzen Lublin, Lemberg und Kielce den Tod gefunden. Von den drei Millionen Juden, die vor dem Krieg in Polen lebten, sei eine Million vernichtet worden. («National Review», London: «Aufbau», 19. 3. 1943)

14. Feb.: Exchange. Von den polnischen Juden seien nur 650 000 übriggeblieben.

26. Febr.: «New York Times». Ganzseitiger Aufruf über die «Endlösung» der Judenfrage («Liquidation of the Jewish Problem»). Der Mord sei eine offizielle Angelegenheit und die Ausrottung erfolge durch Deportation, Verhungern sowie durch Vergasung. Ausrottungszentren in Gaskamern, durch Kohlenmonoxid aus Gaswagen, durch Massenbeerdigungen, durch Niedermähen mit Maschinen geschworen usw. Die Veröffentlichung enthält verschiedene Quellenangaben.

1. März: Madison Square Garden, New York. Bisher größte Massendemonstration in den USA gegen die Judenverdrängung. Anwesend: namhafte Persönlichkeiten. Zahlreiche Radio- und Presseberichte in Europa.

Anfang März: Appell der Schweizerischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte an die Kirchenbehörden, in allen Kirchen des Landes der verfolgten Juden zu gedenken. («Luzerner Tagblatt», «Aargauer Tagblatt», «Die Pays», «Neue Zürcher Nachrichten» u. a.)

15. März: Schweizer Arbeiterhilfswerk: «Wenn im Sommer noch von den eidgenössischen Behörden wohl gutgläubig erklärt wurde, die Zurückgestellten hätten keine schweren Strafen, höchstens evtl. Arbeitslager zu gewärtigen, so dass eine Rückstellung in den weitaus meisten Fällen einem Todesurteil gleichkommt.» («Aufbau»)

27. April: Der britische Stellvertretende Premier, Minister Attlee, gibt im Unterhaus bekannt, dass in Polen anderthalb Millionen dort lebender Juden ausgetrieben und in der grausamsten Weise niedergemacht wurden. Die Zerstörungsmaschine arbeite mit Hochdruck. («Israel. Wochenblatt», 9. 5.)

Interalliiertes Informationskomitee, London. Zwei Millionen Juden sind bereits vernichtet worden, und weitere fünf Millionen sind in grosser Gefahr.

9. Mai: «NZZ». Hinweis auf systematische Judenverfolgungen in den Ostgebieten.

20. Juni: «NZZ». Leitartikel über das Schicksal der Juden in Polen: «Die Worte Hitler und Goebbels liessen keinen Zweifel darüber, dass der Weg der Deportierten und eingesenzen jüdischen Bevölkerung in Polen mtergang und Vernichtung in der einen oder anderen Form bedeute.»

Zeitung der Pressekontrollstelle: «In letzter Zeit sind verschiedene Artikel über die Be-

handlung der Juden und der polnischen Geistlichkeit erschienen, ohne jede sichere Quellenangabe. So selbstverständlich es ist, dass sich unser Gewissen gegen jede unmenschliche Behandlung regt, so müssen wir uns doch streng an die Vorschriften des Pressegesetzes halten, welches uns zur Pflicht macht, Gerüchte und die ausländische Propaganda zu unterdrücken.» (Weisung dät. vom 2. Juni 1943.)

17. Juni: Trauerkundgebung der jüdischen Gemeinden in der Schweiz zum Martyrium der europäischen Judenheit. Kundgebungen in Baden, Basel, Bern, Biel, Gafens, Delsberg, Diessenhofen, Freiburg, Gené, Kreuzlingen, Lausanne, Luzern, Neu-Endingen, Neu-Lengnau, St. Gallen, Winterthur, Zürich. (Ausführliche Berichte in etlichen Schweizer Zeitungen: «Basler Nachrichten», «National-Zeitung», «Bund», «St. Galler Tagblatt» u. a. Im Anschluss an die Berichterstattung über die Trauerkundgebung schreibt das «St. Galler Tagblatt»: «Heute will man den Juden austreten. Deportationen in unvorstellbarem Ausmass entführen ganze Familien ins Ungewisse. Waffenlos sind die Männer einem furchtbaren Schicksal preisgegeben. Die Opfer gehen in die Millionen.»)

15. Aug.: World Jewish Congress, New York. Rabbi Dr. Stephen Wise schätzt die Zahl der umgekommenen jüdischen Zivilpersonen in den Achsengebieten auf 3 Millionen.

14. Sept.: «NZZ»: «Nach den Nachrichten, welche über die Zustände in den Ostgebieten und die Massnahmen der dort entscheidenden Organe vorliegen, ist auf jeden Fall damit zu rechnen, dass ein grosser Teil der Deportierten umgekommen, wenn nicht geradezu beseitigt worden ist.»

Ende Sept.: Exchange. Bekanntheit einer amtlichen Denkschrift, zusammengestellt aus Berichten der offiziellen deutschen Presse, der Ermittlungen von Exilregierungen und der Rapporte aus besetzten Ländern. Von insgesamt 8,3 Millionen Juden in Europa sind von 1933 bis Ende August 1943 fünf Millionen ums Leben gekommen. («Arbeiter-Zeitung», Basel, u. a.)

Schwarzbuch der polnischen Judenheit («The Black Book of Polish Jewry»), 343 Seiten, mit Orts- und Namensverzeichnis. Photos von Opfern und genauen Einzelheiten über die Durchführung der «Endlösung» in den einzelnen Verichtungslagern Majdanek, Belzec, Sobibor, Treblinka und Auschwitz. Die Todesziffer bis 1943 wird mit etwa 2 Millionen ermordeter Juden angegeben.

Anfang Nov.: Zürcher Synode. Eröffnungsansprache des Präsidenten, Oberkirchenrat Dr. U. Wolff: «Angesichts der Tatsache, dass in Deutschland etwa 2 bis 3 Millionen Juden umgebracht worden sind, ist die Aufnahme von 11 000 Flüchtlingen in der Zeit seit dem letzten Sommer bis zum Nahen des neuen Flüchtlingsstromes aus Italien gewiss eine sehr ungenügende Rettungssaktion. Hätte man zehn- oder zwanzigmal so viel aufgenommen, so hätte man vielleicht von einem Opfer des Schweizervolkes reden können.» («Volksstimme», 22. 11. 1943)

11. Dez.: «Volksstimme». St. Gallen: «Gegen die Schliessung der Universität Oslo und die Verschleppung ihrer Professoren und Studenten wird jetzt allenthalben auch bei uns öffentlich und schriftlich protestiert. Das ist sicher erfreulich. Nur - wären nicht in den vergangenen vier Jahren (von früher zu schweigen) viele Gelegenheiten gewesen, da wir mit gleichem, ja mit weit mehr Recht hätten protestieren müssen? - Aber keine Stimme erhobte; die paar Zeitungen bei uns, die zu reden wagten, wurden gemassregelt, und den anderen wurde von vornherein verboten zu reden.»

15. Dez.: Exchange-Bericht von Paul Winterstein aus Kiew über die Ermordung aller 70 000 Juden im September 1941, um 25 000 an einem einzigen Tag. Kriegsgefangene Russen wurden im Herbst 1943 gezwungen, die Spuren dieses Massenmordes durch Verbrennung der Leichen zu beseitigen. («Volksstimme», St. Gallen u. a. Durch Kreisschreiben der Abteilung Presse und Funkspruch vom 17. 12. 43 wird der weitere Abdruck dieses Berichts verboten. Die «St. Galler Volksstimme» wird öffentlich verwahrt, mit der Begründung, bei diesem Artikel handle es sich um ausländische Greuelpropaganda überlester Art. - Die Pressekommission der Abteilung Presse und Funkspruch bestätigte diesen Entscheid.)

Das Buch «Warschau 1942», ein Tatsachenbericht des Motorfahrers Franz Eitel, Teilnehmer der zweiten schweizerischen Arztmission in Polen, berichtet über das Warschauer Ghetto und die Ausrottung der jüdischen Bevölkerung. Nach Angaben des Verlags F. G. Micha & Co., Zürich, wurde das Buch erst 1945 zur Veröffentlichung freigegeben.



Vier der insgesamt dreizehn Angeklagten im Düsselbacher Majdanek-Prozess sind der Anklage wegen Mordes oder Beihilfe zum Mord freigesprochen worden. In Majdanek wurden mindestens 250 000 Juden ermordet, und die vier Freigesprochenen waren Mitglieder der Lagerleitung. Nachdem die Verteidigung mit allen erdenklichen Tricks und Kniffen den Prozessverlauf verzögerte, nachdem die Angeklagten (darunter die berühmte «blutige Brigada») die Zeuginnen und Zeugen straflos einschickern konnten, nicht einmal in Untersuchungshaft bleiben mussten, setzt dieser skandalöse Freispruch einen Höhepunkt rechtsstaatlicher Mischdial am kollektiven Verdrängen der Verbrechen.

## «Schalom! Wir werden Euch töten!»

Dieser Artikel basiert auf der «Dokumentation über die offizielle Schweiz und die Kenntnis um die «Endlösung» der Judenfrage in den Jahren 1941-1942» von Max Schmid. Autor des soeben im Eco-Verlag erschienenen Buches «Schalom! Wir werden Euch töten! Texte und Dokumente zum Antisemitismus in der Schweiz 1930-1980.»

gestattet hatte, diene seine Darstellung, laut von Steiger, in der Folge dem Departement als Grundlage für die Beurteilung der Behandlung von Juden in Konzentrationslagern. Wenn diese auch nicht besonders schonend gewesen sei, so habe man in dem Bericht doch keine Anhaltspunkte für Massenmorde von Juden in Deutschland oder in den unter deutschem Einfluss stehenden Staaten entnehmen können. Kein Wunder, hat doch Rothmund, der den deutschen Herren beim gemeinsamen Mittagessen in Oranienburg damit hofelte, «dass Volk und Behörden in der Schweiz die Gefahr der Verjudung von jeher deutlich erkannt hätten», im Lager als schlimmste Strafe lediglich die Prügelstrafe entdeckt, «eine als entehrend geltende Strafe, die durch keinen SS-Mann vollzogen werden darf, sondern nur durch Lagerinsassen im Beisein von drei Zeugen». Da-

1. Bericht im April 33 gelangte das EJPD in einem Kreisschreiben an die Kantonsregierungen und gab unter anderem bekannt, Israeliten seien nur dann als politische Flüchtlinge zu betrachten, wenn sie aus politischen Gründen geloben seien; der Boykott allein sei nicht als politischer Grund zu betrachten.





Bücher für und gegen das grosse Fernweh

rk. Einige reisen gar nicht mehr, bleiben zu Hause, wenn die Massen abziehen, die radikalste Lösung der Problematik des Tourismus...

Dass der Tourismus sehr gravierende Probleme für die bereisten Länder aufwirft, ist hinlänglich bekannt. Nicht klar aber ist, wie man die Probleme beseitigen kann...

Trotzdem bietet der Tourismus Chancen, einmal für die betroffenen Länder, zum Beispiel um ihren Devisenhaushalt auszugleichen...

zu Osteuropa gibt es kaum, einige wenige sind auf englisch erhältlich.

- Für Weltreise ist eine Liste aller Schweizer Botschaften erhältlich (bei Travel Book Shop, Seilergraben 11, 8001 Zürich, 01/34 38 83), 2.50 Fr.
Sämtliche Reiseliteratur und auch Beratung ist bei der genannten Buchhandlung erhältlich...



Aus: Tourismus, ein kritisches Bilderbuch

problematisch auseinandersetzen will, kann Kontakt mit dem Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung nehmen, Missionsstr. 21, 4003 Basel, (061) 25 33 50.

gänglich machen. Sie organisiert Expeditionsfahrten, beschafft bewährtes Ausrüstungsmaterial und vermittelt speziell ausgerüstete Land-Rover...

Allgemeines

(Versch. Autoren) Tourismus: Ein kritisches Bilderbuch, Pad. extra-verlegt, 1978, 29.80 Fr.

Das Buch behandelt (mit sehr vielen Illustrationen) die «Etappen der Eroberung», ein auch historisches Kapitel, die Fragestellung «Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt durch Tourismus?»...

Dr. med. Wolf und Gabrielle Lieb, Medizinlehrer für Fernreisen, Information & Anleitung zur Selbsthilfe unterwegs, 16 Fr.

Reisende sind oft unbefähigt leichtsinnig und sorglos, oft aber auch übertrieben ängstlich und ratlos. Aus diesem Grund haben die beiden Ärzte diese Fibel zusammengestellt...

Afrika

Africa on the Cheap, englisch, Geoff Crowther, Lonely Planet Publications, Australia, 1977, 11.80 Fr.

Dieser Afrikaführer kann Eigeninitiative und Entdeckertlust nicht ersetzen, stellt der Autor,

der seine Informationen aus unzähligen Erfahrungsbereichen zusammengestellt hat, im Vorwort fest. Er verweist auf sehens- und erlebniswerte Orte und Gegenden in allen Ländern Afrikas...

Hilary & George Bradt, Backpackers Africa, englisch, 1977, 12.80 Fr.

17 Wege vom Kap nach Kairo: Die Nord-Süd-Routen quer durch Afrika ist auf vielen Wegen begehrter. Wo sich ein Abstecher lohnt, welche Regionen was bieten oder entdecken lassen...

Asien

Robert Treichler, Südostasien selbst entdecken, Regenbogen-Verlag, 1979, 29.80 Fr.

Der Führer richtet sich an Individualtouristen, Trapper, Studenten und Weltenbummler, an Einzelgänger, für die Reisen echte Erfahrung anderer Lebensweisen bedeutet...

Europa

Martin Völbinger Griechenland, Reisetips, die nicht jeder kennt (4. Aufl. 1978), 16.80 Fr.

Das Buch ist vor allem für Inselhüpfer geeignet, gibt aber auch viele Hinweise für Festland- und Peloponnesbesucher. Gibt oft sehr gute Tipps zu Sehenswürdigkeiten und Eigenheiten...

Ralph Kühne, Von Moskau zum japanischen Meer, Impressionen und Informationen über eine Reise mit der Transsibirischen Eisenbahn, Febr. 1979, 6 Fr.

Die zum Teil bewusst ironisch bis kritisch gefärbten Schilderungen vermitteln einen kleinen Einblick in den russischen Alltag, von dem wir im Westen noch immer relativ wenig wissen...

eigenen Reise ist besonders das Stationsverzeichnis nützlich, welches sonst nirgends veröffentlicht ist.

Nordamerika

Elmar Engel, Kanadischer Abenteuer-Almanach, Trier, 1976, 19.80 Fr.

Kanada, das Paradies für Sportfreunde: segeln, jagen, fischen, Kanu fahren, bergsteigen und überhaupt die Trapperronomie genießen...

Hans R. Grundmann, USA, Kanada, Westerland, 1978, 15 Fr.

Der Führer für Individualreisende gibt Tipps zur Vorbereitung und Durchführung einer Reise nach Nordamerika. Er nimmt den Alaska-Highway und den Trans-Kanada-Highway mit ihren Nebenstrecken genauer unter die Lupe...

Mittel- und Südamerika

Hilary & George Bradt, Backpacking in Mexico and Central America, englisch, 1978, 19.80 Fr.

Wanderer, bist du unterwegs in Mittelamerika, vergiss nicht, einen Abstecher zum Popocatepetl oder zum Ixtaccihualt zu machen. Wie man dahin kommt (und an viele andere Orte) und welche Sprache man dort spricht...

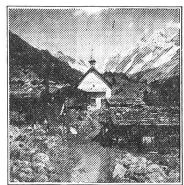
Martin Völbinger, Südamerika, 1978, 39 Fr.

Das umfassende Handbuch (rund 700 Seiten!) soll Globetrottern aller Welt Leitfaden für ihren Südamerikatripp sein. Es enthält alles, was zur Planung und Durchführung der Reise dringend benötigt wird...

Hilary & George Bradt, Backpacking in Peru & Bolivia, englisch, 1977, 11.80 Fr.

Mit Rucksack unterwegs in Peru und Bolivien - ein Führer für Reisende auf den Pfaden der alten Inkas: Die kleine Broschüre für Autostopper, Wanderer und andere «Billigreisende» gibt exakte Auskunft über Vorbereitungen...

Das Wallis



Pierre Inhasby WIDERPART oder Fuga mit Orselpunkt vom Schnee Aus der Uhrne meines eigenen Herzens will einen Hirsch ich auch machen mit Flügeln von wilden Schneen...

Maurice Chappaz Lötschental Die wilde Würde einer verlorenen Talschaft

152 S., Kart. Fr. 22.-

72 S., Brosch. Fr. 16.-

In frühen Fotografien und engagierter Poesie

Suhrkamp Zürich

Zeltweg 25, 8032 Zürich



Sofort zugreifen:

U.S.-ARMY-Schlafsack Fabrikum, wasserdicht, sehr dick gefüttert, waschbar. Nie mehr kalt haben, ideal für Übernachtungen im Freien...

89 Fr. Brutto

zuzüglich 6 Fr. Versandspesen. Passende Tragtüle dazu (fakultativ); 7 Fr. Sofortversand mit Einzelaufhängeschnür. Rückgabegarantie. Studentenrabatt: 5% ab 100 Fr. 10%.

NICOLAS MOJON & CO. AG Bethlehemstr. 114, 3018 Bern Tel. 0 (031) 55 33 66

Weiterhin führen wir im Schlafsackgeschäft 20 erprobte Modelle

in allen Preislagen. Ob für Sommer oder Arktis, bei uns findet sich das Richtige! Ausführliche Tabelle anfordern.

Unterstützen Sie uns! Auf Anfrage schicken wir gerne Zeitungspakete oder Werbematerialien (Tel. 01/47 75 30).

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:



gratis kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.

Wie mach' ich's?

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte. Längere Inserate werden gekürzt. Name, Adresse nicht vergessen! Inserat mit 40 Rappen frankiert, einsehend an «das konzept»...

Wer (ca. 18 J.) kommt mit mir (18. m.) nach Frankreich in die Sommerferien (Zeit: 15. 7.-5. 8. 79, Dauern ca. 2-3 Wochen)? Ich möchte mit dem Zug od. Daumen das Land kennenlernen...

Ich (19) suche Reisebegleiterin oder -begleiter für kürzere Englandreise (5 Tage London - 8 Tage Bristol). Zeitpunkt: Ende September/Anfang Oktober. Melde Dich bitte bei Meja Kölliker...

Suche Reisepartner(in) für Entdeckungstour durch Korsika vom ca. 25. 6. bis 14. 7. mit anschließendem Badenurlaub. Ich (19, m.) möchte mit Dir Land, Leute und Natur kennenlernen...

Suche Reisepartner(in) für Entdeckungstour durch Korsika vom ca. 25. 6. bis 14. 7. mit anschließendem Badenurlaub. Ich (19, m.) möchte mit Dir Land, Leute und Natur kennenlernen...

Wer hilft mir (Ausstudentin, 24) für USA-Reise mit Mietwagen ca. 4 Wochen (Sept./Okt.) eine kleinere gemischte Gruppe zu bilden? Tel. (031) 25 48 08 (Beatrice).

Suche Reisepartner für einen Trip nach Indien von Anfang Juli bis Ende September 1979. Interessent möge sich folgende Adresse wenden: Andreas Aichholzer, Putschelstr. 40, A-9500 Villach (Ostertice).

USA, Mein Flug bereits gebucht (10. Juni). «Schnelle» Reiseleiter willkommen. Kenne die Staaten, bin 31, Atlanta, Miss. Bin weg 15. bis 5. 15. 3. 5. Hopp! Hopp! (01) 34 20 50, Martin.

Qui est la fille qui aime la poésie, l'art, le contact avec l'orient pendant un voyage en Europe avec un instituteur libanais en fin? Talal Harb, ein-e! Merissee, rue Rastom Pacha, Immeuble Fanous, Beyrouth, Liban.

Bin 25jährige Sekretärin und plane meine 2. Amerika-Trip. Wer kommt für 3-4 Wochen mit? Rosmarie Schisch, Friedenstr. 5, 9202 Gossau, (071) 85 75 91.

Fliegt Du auch am 12. Juni 1979 von Zürich nach San Francisco? Dann melde Dich doch bitte bei mir. Ich würde mich auf Deinen Anruf freuen! Elisabeth Bertschi, Hummatstrasse 48, 5724 Dürrensch, (064) 54 21 21.

Suche ih/ise für Indientour 1980, 1. 4.-30. 6. 80, 15. 9. 80-30. 1. 81. Afrikakennnisse und franz. Sprache Voraussetzung. W. Bittermann, Postfach 480 105, BAD-44 Münster.

Suche nette, unkomplizierte und lustige Reisepartnerin für einen Internat-Trip in den sonnigen Süden (Griechenland...)? Datum: ab ca. 7. 7. 79. Bin übrigens 19 J. jung und Kantischülerin. Madeleine Ufer, Unterarmweg 654, 503 Staufen (064-51 13 06).

Welches hübsche, nette, liebe usw. Mädchen verbringt die Zeit vom 6. 7. 79 bis zum 20. 7. 79 in Figaroto (Korsika) und sucht als Reise- und Wohnpartner einen 19jährigen Schüler? Ich also, hier ist er. Max Herold jun., Zwinglistr. 21, 9000 St. Gallen.

Neuerscheinungen 1979 im Regenbogen-Verlag Zürich

Von Robert Treichler, der 3 1/2 Jahre in Asien verbrachte, und 278000 Kilometer reiste. Jetzt in den Buchhandlungen!

Südostasien selbst entdecken 416 Seiten, broschiert, Jeansumschlag, Preis DM/Sfr. 29.80 - 10. Tausend.

Mit 154 Abbildungen und Illustrationen. Mit 60 Karten und Stadtplänen. ISBN 8-85862-004-1



Frühling 1979 von Haag/Crew: ca. 350 Seiten, broschiert, ca. Sfr./DM 30.- ISBN 3-85862-003-3



Zwei erfahrene Trapper recherchierten die günstigsten Flüge nach den Staaten und die preiswertesten Restaurants, Hotels etc. in den USA. Ebenso sind Alternativtipps und Routenvorschläge sowie Stadtpläne darin vorhanden.

Für eigenwilliges und ungebundenes Reisen in den USA ein unentbehrlicher Führer! Ab Frühling 1979 in allen Buchhandlungen erhältlich!

Kanada, USA, Mexiko selbst entdecken



# 30%

## Ausnahmsweise eine sympathische Prozentklausel.

Als Student bekommen Sie den Tages-Anzeiger dreissig Prozent billiger.

Und trotzdem erfahren Sie alles, was sich in der Politik tut, wie die Wirtschaft läuft, wer im Sport gewinnt, was kulturell und gesellschaftlich passiert. Und natürlich, was wo wann in Zürich los ist: im Wochenprogramm.

In den Inseraten lesen Sie, wer Wohnungen vermietet und günstige Möbel verkauft. Und wenn Sie einen einträglichen Job suchen: Sie finden ihn im Stellen-Anzeiger.

Am Samstag bekommen Sie zusätzlich das farbige Magazin. Es bietet nicht nur anregenden Lesestoff, sondern oft auch Gesprächs- oder gar Zündstoff.

Sie sehen: Ein Abonnement des Tages-Anzeigers ist zwar etwas Billiges. Aber auch etwas Lohnendes.

### Wer de Tagi liest, cha über alles mitrede.



### 30% Studentenrabatt.

- Ich möchte den Tages-Anzeiger kennenlernen. Vorerst 2 Wochen lang gratis.
- Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. Die ersten 2 Wochen sind gratis.

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 7.-
- halbjährlich Fr. 39.90
- vierteljährlich Fr. 20.15
- jährlich Fr. 79.10

Name

Strasse

PLZ, Ort

Fakultät  Semester

Bitte ausschneiden und mit Kopie Ihrer Legi senden an Tages-Anzeiger, Vertrieb, Postfach, 8021 Zürich.

7513

### Bestellcoupon für **das Konzept** - Sonderangebote

Alle die folgenden Artikel können bestellt werden bei der Redaktion «das Konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich.

Anzahl	Artikel	Preis	Porto + Verpack.	Total
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1972-78	8.50	-.70	9.20
.....	Inhalts- und Autorenverzeichnis 1978	2.50	-.70	3.20
.....	Schulspiel (aus Nr. 6/76), dreifarbig, A 2, gefalzt starkes Papier, (ab 5 Stück 3.-) ungefalzt in Rolle	3.50	-.70	4.20
.....	Arbeitslos-Spiel (aus Nr. 1/76), einfarbig, gefalzt A 2, starkes Papier (ab 5 St. 1.-) ungefalzt in Rolle	3.50	2.-	5.50
.....	Sonderdruck «Nukleare Aufrüstung»	1.50	-.70	2.20
.....	Sonderdruck «Schwangerschaftsabbruch»	1.50	2.-	3.50
.....	«das Konzept»-Jahrgänge, pro Jahrgang	1.-	-.40	1.40
.....	Poster «Unser Strauss» ungefalzt in Rolle (aus Nr. 1/78) gefalzt	10.-	2.-	12.-
.....	Poster «Gefangener der Freiheit» ungefalzt in Rolle (aus Nr. 4/78) gefalzt	2.-	2.-	4.-
.....	Mai-Zitig (zum 1. Mai 1978) «10 Jahre nach 68»	2.-	-.40	2.40
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» I (Jan 78)	2.-	-.40	2.40
.....	Sonderbeilage «Film in der Schweiz» II (Jan 79)	2.-	-.40	2.40
.....	Sonderbeilage «Literatur in der Schweiz» (Okt 78)	1.-	-.40	1.40
.....	Sonderdruck des Artikels von Jürg Weibel aus Nr. 6/78, (zusammen mit Literatur Beilage Okt 78 Diskussions-Grundlage der «Solothurner Literatur-Tage» 25.-27.5/79)	1.60	-.40	2.-
.....	Adressliste der Alternativmedien	1.-	-.40	1.40
.....	Mai-Zitig 1979 (ab 20 Exemplaren halber Preis, Bestellung gilt nur bei Vorauszahlung)	2.-	-.40	2.40

Verpackungskosten verstehen sich pro Sendung.

#### Zahlungsmodus

- Ich überweise gleichzeitig mit dem Absenden dieses Talons den entsprechenden Betrag auf das PC-Konto 80-97626, «das Konzept», Zürich (Verwendungszweck bitte auf der Rückseite des Abschnittes vermerken)
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Briefmarken bei
- Ich lege den entsprechenden Betrag in Banknoten bei. (\* Zutreffendes ankreuzen)

Name, Adresse

### Wer mitdänkt, mues halt 's Konzept läse. . .

«das Konzept»-Jahresabonnement 18 Fr., Ausland 22 Fr. Aus technischen Gründen laufen die Abonnements stets bis Ende Jahr.

Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen)

Juni 79 - Dez. 79 für 12 Fr. (Ausland 16 Fr.)

Juni 79 - Dez. 80 für 28 Fr. (Ausland 36 Fr.)

Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Geschenktabonnement (Namen des Beschenkten hier eintragen, Adresse für Rechnung auf Zeitungsrund)

Name, Vorname:

Adresse:  PLZ, Ort

Beruf:  Datum:  dk 5/79

Talon einsenden an: «das Konzept», Weinbergstr. 31, 8006 Zürich

## ADAG COPY-CENTER

ADMINISTRATION & DRUCK AG

Sonneggstrasse 25 - 8006 Zürich - Telefon 01/47 35 54

XEROX - DRUCKKOPIEN A 4

1 - 19 Kopien	=	15 Rappen/Stück
20 Kopien	=	Fr. 2.90
30 Kopien	=	Fr. 3.60
40 Kopien	=	Fr. 4.30
50 Kopien	=	Fr. 5.-
100 Kopien	=	Fr. 7.50

XEROX - Kopien A 3 = 30 Rappen/Stück

Verkleinerungen = 25 Rappen/Stück

### DISSERTATIONSDRUCK

Als Spezialisten bieten wir: Fachgemässe Ausführung, kürzeste Lieferfristen, günstigste ALLES-INKLUSIVE-PREISE (inbegriffen: Verkleinerung der Vorlagen, Offsetdruck, farbiger Umschlag, Titelsatz, Zusammenstellen und Binden).

### REINSCHRIFTEN

Dissertationen, Lic- und Sem.-Arbeiten vorschriftsgemäss und druckfertig ab Manuskript auf IBM-Kugelkopfmachines mit Film- und Korrekturband. 20 verschiedene Schriften.

OEFFNUNGSZEITEN: Montag bis Freitag 08.00 - 18.00 Uhr

Kongress der grössten französischen Studentengewerkschaft

# Wie man die studentische Einheit macht

Von Laurent Duvalet, Vorstandsmitglied VSS

Zum Glück gab es einige Dissidenten am 65. Kongress der Union nationale des étudiants de France (Unef), schrieb das Linksblatt «Libération». Diese wenigen trotzkistischen «Störer» waren es jedoch nicht, die die Einheit der Unef-Renouveau in Frage stellten. Dass die studentischen Organisationen in Frankreich zurzeit in einer Krise stecken, ist eine Tatsache, die niemand verhüllen konnte; besonders weil der Gastgeber Unef die wichtigen lokalen Wahlen der Studentenräte (Crous\*) verloren hat und sein Mitgliederstand seit zwei Jahren ständig sinkt.

Rund 600 Delegierte aus fast allen Hochschulen Frankreichs versammelten sich in Paris, um feierlich den 65. Kongress der Unef-Renouveau, der grössten Studentengewerkschaft Frankreichs, zu eröffnen. Nach einer zweistündigen Einführungsrede des Präsidenten, Jean-Luc Mano, gab es noch ein bisschen Spektakel: Trotz dem securitätsähnlichen Ordnungsdienst und einer strengen Art der

Stimmabgabe war es einigen Mitgliedern der Ligue communiste Révolutionnaire (LCR, entspricht der Schweiz. RML) gelungen, sich in die Halle einzuschleichen. Sie stellten gleich die peinliche Frage, ob es nötig gewesen sei, dass ihren Parteifreunden das Stimmrecht genommen und der Eintritt verboten wurde. «Demokratische» Reaktion des Kongresses: Buhrufe überboten den Redner.

Überhaupt: Es ist lang die Rede davon, dass immer ein Konsens gefunden werden müsse, wobei «die mechanische Anwendung von Formeln» diesem Konsens schädlich sei. Konkret habe ich es so erlebt: Dissidenten blieb während einer Vietnamdebatte nichts anderes übrig, als zu schweigen, wenn die Kongressleitung den Auftakt für einen zehnmütigen Vietnam zugunsten des angegriffenen Vietnam gab. Wenn kein Konsens herrscht, müssen die Schwächeren tolerant sein...

**VSS** Verband der Schweizerischen Studentenschaften  
Erlachstrasse 9  
3012 Bern  
Tel. (031) 23 28 18

Vorstand: Martin Graf, Laurent Duvalet, Ruedi Spindlin

Innerhalb der linken Szene haben sich drei Organisationen gebildet, die durch die Spaltung der alten Unef entstanden sind:

- Die zurzeit kräftigste ist die Unef-Renouveau, stark KPF-geprägt, auch durch die Jeunesse ouvrière crétiéne unterstützt.
- Die von der Regierung anerkannte Unef/Unité syndicale, durch verschiedene Gruppierungen getragen, weniger links als Renouveau (die Anerkennung durch die Regierung bedeutet Subventionen, Büroräume in der Uni sowie erleichterten Zugang zu nationalen Verhandlungen).
- Der M.A.S. (Mouvement d'action syndicale) als kleinste nationale Organisation, die starken Wandlungen unterworfen ist (zum Beispiel sagt Unef-Renouveau, dass «Spaltungen zum Alltag gehören», zum Teil von der LCR unterstützt, vertritt eine harte Linie gegen die, ihrer Auffassung nach, falsche Mitbestimmung.

Diese drei Studentengewerkschaften liefern sich einen für schweizerische Massstäbe geradezu mörderischen Kampf. Obwohl alle Verbände von Einheit der studentischen Interessenvertretung schwärmen, wird, mindestens von seiten der Unef-Renouveau, auf Gespräche mit dem Feind grundsätzlich nicht eingetreten. Von Kompromissbereitschaft kann also keine Rede sein.

**Sozialpolitische Forderungen**  
Die Forderungen der Unef-Renouveau haben eine gewerkschaftliche Aus-

\* Crous: wichtige Entscheidungsorgane, mit studentischer Mitbestimmung, die auf sozialer Ebene die verschiedenen staatlichen Dienstleistungsbetriebe (Mensen, Studentenhäuser usw.) im Rahmen der zugewiesenen Zentralkredite effektiv leiten. Die Unef-Renouveau hat Terrain verloren, bildet aber immer noch die grösste Kraft in diesen lokalen Räten. Die Tendenz geht aber dahin, dass diese Wahlen zunehmend ignoriert werden, was sich in der für französische Verhältnisse niedrigen Stimmbeteiligung von unter 30 Prozent zeigt. Eine mögliche Erklärung: Die 1968 als Wundermittel betrachtete Mitbestimmung wurde durch die Regierung, von oben her, verwirklicht. Nach 11 Jahren «halber» Mitbestimmung zeigen sich immer mehr Zweifel an dieser Lösung...

**Wir verschenken Geld**  
Auch dieses Jahr können wir aus den Erträgen des Quellenbandes «Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung» Finanzspritzen für fortschrittlich-emanzipatorische Projekte ausrichten. In Frage kommen Projekte aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Theater, Film etc. Anträge (max. 1 Seite) sind bis zum 15. Juli zu richten an die Fondskommission des Fördervereins Studienbibliothek, Wildbachstrasse 48, 8008 Zürich

eine wichtige Rolle im ISB, weil sie sich nicht scheut, wunde Punkte zu kritisieren; weil sie aber auch aktiv am internationalen Geschehen teilnimmt, in der Hoffnung, dass der ISB nur durch Mitwirkung besser werde.

### Probleme mit der Information

Ein zentraler Punkt der internen Auseinandersetzung ist: Weil die staatlichen Subventionen gestrichen wurden, brach das Informationsnetz der Unef zusammen. Das wirkte sich auf das politische Bewusstsein der Gewerkschaftsmitglieder aus. Und die Verbandsorgane mussten isoliert arbeiten. Mit der neuen Zeitung «Campus» soll dieser missliche Zustand behoben werden. Das Magazin wird



Prozent der Studenten ein mageres Stipendium erhalten, wo der Anteil an Arbeiterkindern ständig sinkt, wo immer mehr Studenten ihr Studium selbst finanzieren müssen (etwa 65 Prozent Werkstudenten).

• «Die Regierung bringt die Universität in Gefahr»: Die Unef-Renouveau kämpft hauptsächlich gegen die blinde Sparpolitik der Regierung Giscard: Überall sind die Budgets gekürzt worden, gewisse Fakultäten können nicht einmal ihre Heizungskosten decken, die Bibliotheken haben leere Regale, die allgemeine Versorgung ist nicht mehr gesichert. (Etwa ein Fünftel der Mensabesitzer hat schon eine Lebensmittelvergiftung erlebt...)

• «Die Universität der heutigen Zeit anpassern»: Für eine echte Studienreform, eine bessere und umfassendere Ausbildung, kurz: die Unef fordert eine Uniersität, die offen für alle bleibt, wo man lebensnahe Qualifikationen erwerben kann, wo die Kultur nicht zu kurz kommt, eine lebensnahe Universität ohne grosse Wissenschaftsbürokratie.

• «Eine Universität, die von ihren Benützern geführt wird»: Gefordert wird eine Erweiterung der studentischen Mitbestimmung: mehr Rechte der lokalen Räte, Studenten als Prüfungsexperten, Schaffung von Planungskommissionen usw.

• «Einzigster Ausweg: sich in der Unef zusammenschliessen»: Unter diesem Titel folgt ein zweisprachiger Aufruf, um lauwarme Kommilitonen von der Notwendigkeit der Unef zu überzeugen.

Eine gutformulierte Plattform ist für die Unef besonders wichtig, weil Frankreich keine Zwangsorganschaften kennt und also die Mitgliederwerbung eine der wichtigsten Aufgaben der «Comités Unefs» (entspricht unseren Fachschaften) ist.  
Die Unef ist Mitglied des Internationalen Studentenbundes (ISB), neben den Iren und Finnen die einzige grosse westliche Studentenschaft im ISB. Ihre kritische Haltung zum ISB zeigt jedoch, dass sie sich nicht von Prag aus fernsteuern lässt. Obwohl der ISB hauptsächlich von sozialistischen Ländern finanziert wird und Organisationen aus der dritten Welt in ihm eine Mehrheit haben, meint die Unef, auch als westliche Studentenschaft finde sie hier ihren Platz. Die Unef spielt

auch das kulturelle Leben an der Universität fördern. Das besondere kulturelle Interesse ist überhaupt einer der besten Aspekte der Unef - hier könnte man auch in der Schweiz noch mehr tun (wie etwa in Zürich mit «Musig am Määntig» oder in Lausanne mit «Ciné Spoutschu»):

# bildungs—news

### Wer bezahlte die Anti-HFG-Kampagne?

Stolz wird im Jahresbericht 1978 des Schweizerischen Gewerbeverbandes vermerkt, «dank dem Einsatz des Gewerbes und einiger anderer Persönlichkeiten» sei es gelungen, «das Hochschulforderungsgesetz gegen alle Parteien, Zeitungen und anderen Verbände zu Fall zu bringen». Wer die Jahresrechnung des Gewerbeverbandes studiert (Einnahmen 1 410 627.40 Fr.), findet keinen Rappen Ausgaben für die politischen Aktionen des Verbandes. Offenkundig gibt es da noch Geldgeber im Hintergrund...

### «Studentenruhen» in Belgien

Asoziale Hochschulpolitik nicht nur in der Schweiz: In Belgien sind die Studiengebühren auf rund 600 \$Fr. verdoppelt worden. Darob haben sich in den letzten Wochen Strassenschlachten zwischen Tausenden von Studenten und noch mehr Polizisten und Soldaten entwickelt. Bemerkenswert ist die diesbezügliche Berichterstattung der «Berner Zeitung»: Die Polizei soll demnach mit einer derartigen Brutalität vorgegangen sein, dass «die Sympathien der Bevölkerung immer noch überwiegend auf der Seite der Studenten liegen. Bei Demonstrationen lassen deshalb viele Bürger ihre Haustüren offen, damit sich Studenten in ihren Wohnungen vor den Gref/kommandos in Sicherheit bringen können.»

### Ärztgesellschaft übernimmt studentische Forderungen?

Forderungen, die der Verband Schweizerischer Medizinstudenten (VSM) seit Jahren erhoben hat, finden laut «Pressedienst der Schweizer Ärzte-Information» endlich auch in der Ärzteschaft Zustimmung: «Die Medizinstudenten müssen schon frühzeitig während ihres Studiums Einblick in die Arbeit der Hausärzte nehmen können, und praktizierende Ärzte seien zum Unterricht an die Universitätskliniken beizuziehen. Diese Forderungen erheben die Teilnehmer eines Ärzteseminars für Unterrichtsdiagnostik und Methodik im Bestreben, die Medizinstudenten bestmöglich vorzubereiten

Durch Musik und Film werden sehr viele Studenten angesprochen. Dabei müssen die Widersprüche einer studentischen Konzertagentur - Musik und Künstler, andererseits Showbusiness und Profimafia - nicht verborgen werden; in der Unef ist beides vorhanden.

### Was können wir von der Unef lernen?

Das kulturpolitische Element wurde bereits erwähnt. Ein zweites wichtiges Postulat, das die Unef gut zu erfüllen scheint, ist der ständige Kontakt des Dachverbandes mit den Mitgliedern. Neben dem (auch in Frankreich nicht optimal gelösten) Informationsproblem besteht hier die Aufgabe, dass die Studentenvertreter politisch ausgebildet werden. Die Koppelung von nationalen Aufgaben und kleiner, oft mühsamer Fachsachftätigkeit ist sehr wichtig; sie ist möglich indem man regelmässiger, als es heute der Fall ist, versucht, einen grösseren Kreis anzusprechen. Davon erwarte ich mehr Abstützung für eine nationale Studentenpolitik des VSS. Konkret stelle ich mir zum Beispiel eine «feierliche Verabschiedung der neuen VSS-Grundsatzerklärung» im Rahmen eines für das 60-Jahr-Jubiläum des Verbandes (also 1980) speziell organisierten Kongresses vor. Hat man in den letzten Jahren den demonstrativen Verbandscharakter nicht doch etwas vernachlässigt? Wäre ein solcher Anlass als Krönung unserer Bemühungen nicht am Platze?

## das konzept Tip

### 5. Bachtel-Festival

Der Vorverkauf für das 5. Folk- und Blues-Festival auf dem Bachtel, welches am 16./17. Juni 1979 stattfindet, beginnt am 12. Mai. Karten sind direkt erhältlich auf den Bahnhöfen Zürich HB, Schaffhausen, St. Gallen, Winterthur und Rapperswil, oder telefonisch oder schriftlich über alle SBB-Bahnhöfe.

### Filmszene Schweiz 79

Das Schweizerische Filmzentrum zeigt vom 18. Mai bis 20. Juni im Kino Commercio in Zürich ein umfangreiches Programm mit neuen Schweizer Filmen: Spiel-, Dokumentar-, Experimental- und Trickfilme, die keine Chance haben, ins kommerzielle Programm der Kinos aufgenommen zu werden. Das Angebot ist in vier Themenkreise aufgeteilt und umfasst Filme von 22 Filmautoren. Jeder Film wird mindestens an zwei aufeinanderfolgenden Tagen gezeigt. Mitveranstalter sind der Filmgestaltungsrat und das Filmpodium der Stadt Zürich.

Über das detaillierte Programm gibt Auskunft: Schweizerisches Filmzentrum, Münsterstrasse 18, 8001 Zürich (0147 28 60).

### Der grosse Gilgen und die kleinen Tutoren

Der Zürcher Erziehungsdirektor Gilgen hat gemerkt, wo die Subversion beginnt: ganz im kleinen Unscheinbaren, dort, wo Hilfsassistenten unwissende Erstsemestriker verführen. Nicht das erstemal sah er sich daher bemüht, hier einzugreifen: Franz Cahannes (Ex-KSIR-Mitglied) wurde als Tutor der Veranstaltung «Sozialdemokratie und Landesverteidigung» nicht zugelassen. Angenehmerweise erfuhr dies der Betroffene erst am Vortag der ersten Proseminarsitzung...

### Freisinnige Ideologie...

«Ziel freisinniger Bildungspolitik ist es, den Bürgern eine ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Bildung und Ausbildung zu ermöglichen und sie zu urteilsfähigen, schöpferischen und verantwortungsbereiten Menschen zu erziehen.» Diese schönen Sätze (können dem VSS zugeschrieben sein...) soll gemäss «VZZ» die Delegiertenversammlung der FDP Schweiz in ihr Wahlprogramm aufnehmen haben. Da können wir ja die Hände gestros in den Schoss legen und uns auf den FDP-Einsatz in der Legislaturperiode 1979-1983 freuen: Mit Otto Fischer an der Spitze wird die FDP endlich dafür sorgen, dass die Gelder für die Hochschulen reichlicher fliessen, damit auch wirklich jedes Arbeiter- und Bergbauerkind seinen Neigungen gemäss in einer kreativen und repressionsfreien Atmosphäre studieren kann!

### ... und freisinnige Wirklichkeit

Zweifel an dem schönen Zukunftsbild kommen einem spätestens, wenn man den schönen FDP-Wahlhessen den «Tages-Anzeiger»-Bericht über ein Podiumsgespräch mit «prominenten freisinnigen Bildungspolitikern» eingehend liest. Titel: «Mit verschärfter Selektion ge-

## Alles was Recht ist...

Hier schreiben unsere juristischen Mitarbeiter zu aktuellen Fragen der Gesetzgebung und der Rechtsprechung, über Macht und Machtlosigkeit, über den «freihetlich-demokratischen Rechtsstaat» und seine Ausweitung.

### Reden ist Silber...

Wer leben will, muss arbeiten, wer arbeiten will, muss eine Stelle suchen. Wer sucht, der muss sich vorstellen, präsentieren, ins rechte Licht rücken. Der Stellensuchende muss über seine Person auf Fragen des Arbeitgebers detaillierte Auskunft geben; auch auf Fragen, die in keinem sachlichen Zusammenhang mit der begehrten Anstellung stehen und deshalb den Unternehmer eigentlich nichts angehen. Dazu der Zürcher Arbeitsrechtsexperte Manfred Rehbinder: «Fragen, die nicht mit dem Arbeitsplatz oder der zu leistenden Arbeit im Zusammenhang stehen, braucht der Bewerber nicht zu beantworten. Er kann sie sogar, da sie Eingriffe in seine Persönlichkeitsphäre darstellen, unrichtig beantworten. Müsste er doch anderenfalls befürchten, bei blosser Antwortverweigerung und unzulässigen Fragen die Stellung nicht zu erhalten (Notwehrrecht auf Lüge).»

Laut Rehbinder müssen in der Regel Fragen nach Konfession, Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, nach Bekanntheitskreis und Vorstrafen nicht (oder dürfen falsch) beantwortet werden. Fragen sind gegeben bei Berufen, in denen diese Fragen eine Rolle spielen (zum Beispiel: ein wegen Betrugs Vorbestrafter bewirbt sich als Buchhalter).

Dieser fortschrittlichen Meinung wird - wie könnte es anders sein - widersprochen: von Arbeitgeberseite. Anregung und Zitat aus der «Berner Tagwacht» vom 24. 4. 79)

### Güterrechtliches

Im Zivilgesetzbuch sind drei Güterstände aufgeführt: Güterverteilung, Gütertrennung und Gütergemeinschaft. In der Praxis kommt fast ausschliesslich die Güterverbindung vor. Dies, weil sie vom Gesetz vermutet wird und immer dann gilt, wenn die Eheleute keinen Vertrag abgeschlossen haben. Dieser Güterstand überträgt dem Mann die Verwaltung, die Nutzung und eine weitgehende Verfügung des ehelichen Vermögens.

Unangenehm erweachen für die Ehefrau, wenn die Scheidung durchgeführt wird oder wenn es um die güterrechtliche und erbrechtliche Auseinandersetzung nach dem Tod des Mannes geht: das von ihr in die Ehe eingebrachte Geld gehört dem Ehemann. Zudem hat der Mann an diesem Geld noch die Nutzungsansprüche, das heisst, die Zinsen gehören auch ihm. Die Frau kann lediglich eine Ersatzforderung stellen in der Höhe des Wertes zur Zeit, als sie das Geld in die Ehe brachte. (Von dieser Regelung ausgenommen sind die aussergewöhnlichen Wertsteigerungen, wie zum Beispiel ein infolge von Bodenpreisteigerungen erzielter Vermögenszuwachs.)

Da das geltende Recht (vielleicht wird es in etwa fünf Jahren revidiert sein) dem partnerschaftlichen Gedanken zuwenig Rechnung trägt und die Frau in mancher Hinsicht diskriminiert, empfiehlt sich der Abschluss eines Ehevertrages. Dadurch kann beispielsweise die gesetzliche Regelung, wonach der Ehemann zwei Drittel am Vorschlag, die Frau dagegen nur ein Drittel zugute hat, umgangen werden.

Die Form des Vertrags ist die schriftliche. Vor Abschluss der Ehe genügt zur Gültigkeit des Vertrags, dass er öffentlich beurkundet ist. Erfolgt der Vertragsschluss erst während der Ehe oder soll dann ein Vertrag geändert werden, ist jedoch die Zustimmung der Vormundschaftsbehörde erforderlich.

gen den Studenten?» Und weiter: «Den bevorstehenden Finanzdruck, Fischer (Vorstellung erbringt sich) und Waser (Zürcher Uniektor) durch eine straffere Gestaltung der Studiengänge und eine verschärfte Selektion während des Studiums bewältigen. Fischer meinte gar, falls tatsächlich einmal Kapazitätsengpässe auftreten sollten, könne man einen Studienanfängerjahrgang ausfallen lassen und die Leute statt dessen 12 Monate ins Militär oder zum Französisch-Lernen schicken.» Die Schweizer Armee, ähnlich der total verschulerten Uni, ist ja bekanntlich besonders geeignet, Urteilsfähigkeit, Kreativität und Verantwortungsbereitschaft (siehe FDP-Wahlhessen) zu fördern...

**Bücher aus der DDR**

Ausstellung Volkshaus Zürich  
Hohentrapstein, Stauffacherstr. 60  
5.-11. Mai 1979  
9-12 Uhr täglich 1000.-2000.-  
Eintritt frei



«das konzept» erzählt:

Von Richard Sliwka

# Das Märchen von der weltweiten Abrüstung

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat im Dezember 1969 die siebzehnte Abrüstungsdekade erklärt. Seit dieser Proklamation sind neun Jahre vergangen. Was ist unterdessen für die Abrüstung getan worden? Haben die unzähligen Sitzungen und Konferenzen bewirkt, dass Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen Beschränkungen der militärischen Machtmittel eingeleitet haben?

Auf der langen Liste der 151 UN-Mitgliedsstaaten findet sich nur ein einziger Staat, der abgerüstet hat und das Hauptziel der Vereinten Nationen – «Erhaltung des Friedens durch Abrüstung und Achtung des Krieges» – weitgehend erfüllt: Der mittelamerikanische Staat Costa Rica trat 1945 der Uno bei und schaffte 1949 das Militär ab. Seit 1949 und auch in der Abrüstungsdekade hat kein anderer Mitgliedsstaat der Uno die nur «friedliebende Staaten» aufnehmen darf, ernsthaft Anstrengungen unternommen, die zur Achtung des Krieges, zur Abschaffung des Militärs oder nur zur Verminderung der Rüstungsausgaben geführt haben – obwohl niemals zuvor so viele internationale Gespräche, Verhandlungen und Verträge über die Abrüstung stattfanden:

- Im August 1978 endete die 805. (achthundertfünfte!) Sitzung der Generalkonferenz, die im März 1962 begann.
- Ein neugebildeter UN-Abrüstungsausschuss tagte vom 20. Januar bis zum 27. April in Genf.
- Im Mai 1978 fand die erste Sondervollversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstung statt.
- Für 1982 ist bereits die zweite Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vorgesehen.
- 1969 begannen in Helsinki die Verhandlungen über SALT I, (Strategic Arms Limitation Talks), die bis 1974 dauerten.
- Seit sechs Jahren bemüht man sich, SALT II abzuschliessen.
- In Wien verhandelt seit 1973 zwölf Nato- und sieben Warschauer-Pakt-Staaten über MBFR (Mutual, Balanced Force Reduction), über Truppenverminderung in Europa.

Die Verhandlungen zeigen entweder keine konkreten Ergebnisse, oder die abgeschlossenen Verträge sind so formuliert, dass sie keinen substantiellen Beitrag zur Abrüstung liefern. Bereits vor Ablauf der 1969 beschlossenen, offensichtlich erfolglosen Abrüstungsdekade der siebzehnte Jahre erklärt UN-Generalsekretär Waldheim die achtzigste Jahre vorsorglich ebenfalls zu einem weiteren Jahrzehnt der Abrüstung.

## Gut getarnte Aufrüstung

Die Ursache für den Widerspruch zwischen Wort und Tat liegt darin, dass die Politiker in keiner Weise ernsthaft an Abrüstung denken. Diesen Verzicht begründen die angeblich nur Friedenspolitik betreibenden Staatsmänner damit, dass das Ziel einer allgemeinen, vollständigen Abrüstung mit den Mitteln von heute nicht zu erreichen wäre. Für die praktische Politik sei der uralte Traum der Menschheit, in einer waffenfreien Welt in Frieden zu leben, kein brauchbares Rezept.

Das angeblich unrealistische und irreführende Ziel nach allgemeiner und vollständiger Abrüstung ist denn auch schon bereits Anfang der sechziger Jahre aufgegeben worden zugunsten des Konzepts der *Rüstungskontrolle* bzw. der kooperativen Rüstungssteuerung. Auf echte Abrüstungsanstrengungen hat man definitiv verzichtet und dieses Problem späteren

Generationen zur Lösung überlassen. Es werden keine Verhandlungen mehr darüber geführt, durch welche Prozesse Rüstung einzustellen wäre. Seit fast 20 Jahren berät man in den Mammutverhandlungen lediglich über Vorschläge, die eine Stabilisierung der Aufrüstung bewirken und die gegenseitig garantierte Vernichtung (Mutual Assured Destruction) stets gewährleisten. Der Fachausdruck: MAD. Womit gleich gesagt ist, dass es eine verrückte Sache ist.

## Nato – Bollwerk der Freiheit

Natürlich kommt die Behauptung, der Westen bedrohe den Osten, aus der Pro-

Tagen Lenins», so sagte der russische Vize-Aussenminister zum Anlass der Sondertagung der Uno-Vollversammlung über Abrüstung, «ist und bleibt die Sowjetunion ein Verfechter der Abrüstung. Das Endziel unserer Anstrengungen auf diesem Gebiet ist die *allgemeine und vollständige Abrüstung*... Im Gegensatz zu den Nato-Ländern vergrössert die Sowjetunion schon seit langem nicht mehr ihre Streitkräfte in Europa.» Denn die Sowjetunion ist eine friedliebende Macht. Sie wird ihre militärischen Kapazitäten niemals zur Bedrohung anderer Länder einsetzen. Der eigentliche Grund der Aufrüstung des Warschauer Paktes liegt in den Verteidigungsanstrengungen der Nato-Staaten, die unvermeidbar hoch sind und jeder Rechtfertigung entbehren. Die von den sozialistischen Staaten mühsam erkaufte Entspannung ist in Gefahr, wenn dem Vertragspartner der Nato nicht ein Ende gesetzt wird. Die Warschauer-Pakt-Staaten rüsten nur gegen

tend, dass bereits 1968 der Weltfrieden durch Atombomben mit der Sprengkraft von 50 000 Megatonnen TNT gesichert war, was etwa 60 Tonnen TNT pro Person in den Ländern der Nato und des Warschauer Paktes entsprach. Und seit 1978 «besitzt jeder Mensch der Erde eine Bombe mit einer Zerstörungskraft, die den im 2. Weltkrieg eingesetzten stärksten Bomben entspricht.

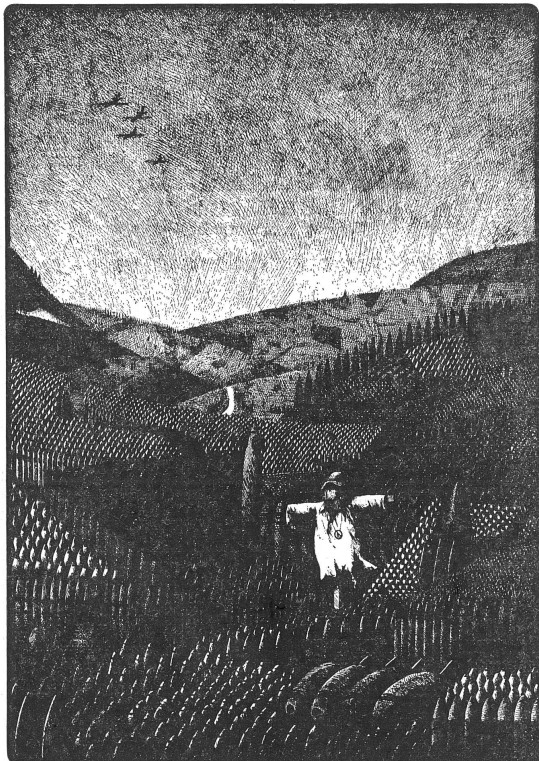
## Grenzen der Aufrüstung

Bisher, so versichern Militärs, habe das Konzept der gegenseitigen Abschreckung seine Wirksamkeit bewiesen, einen Krieg zwischen Ost und West zu verhindern. Es tauchen jetzt allerdings selbst beim Militär Zweifel an der Gültigkeit der Abschreckungsdoctrin auf. Denn die finanzielle Grenze der zukünftigen Sicherheitspolitik durch gegenseitige Abschreckung ist bereits abzusehen. Der Verbrauch an Rohstoffen für militärische Zwecke hat sich drastisch vergrössert. Die zur Herstellung von Waffen verwendeten Materialien werden immer seltener und teurer. Weitere Aufrüstung könnte zu einem Zusammenbruch der Staatshaushalte von weniger reichen Ländern führen.

Es sind die volkswirtschaftlichen Grenzen, die die Gegner zwingen, durch Rüstungskontrollverhandlungen gegenseitige Abstriche am System der Abschreckung vorzunehmen. Moralische Beweggründe, wie zum Beispiel die Einhaltung der unterschriebenen Verträge (Uno, KSZE) oder die Freisetzung von Rüstungsgeldern zur Lösung der dringenden Probleme der Entwicklungsländer, sind trotz gegenseitiger Behauptung der Politiker kein Motiv für Abrüstungsverhandlungen.

## Front gegen Militärs

Solange Politik als lediglich an Machtverorten orientiertes Handeln der Staaten verstanden wird, wird ein zwingender



Zeichnung: Martial Leuter

paganda der Kommunisten. Das sicherheitspolitische Ziel der Nato ist es doch, den Frieden zu erhalten und dafür zu sorgen, dass für die Menschen in den Ländern Westeuropas Recht und Freiheit erhalten bleiben. Nato ist ein anderes Wort für Freiheit und Menschenrechte und damit für die überlegenere, menschenwürdiger Ordnung. Für den Westen sind Militär und Rüstung nur ein notwendiges Übel, auf das leider zurzeit wegen der weltpolitischen Lage nicht verzichtet werden kann. Darum rüstet der Westen auch nur minimal, gerade so viel, wie ein militärischer Kraft notwendig ist, um den angreifenden Gegner abzuschrecken.

Das sicherheitspolitische Konzept der Sowjetunion und der Warschauer-Pakt-Staaten soll dazu in krassstem Gegensatz stehen. Im sozialistischen Weltsystem ist der Frieden nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Sowjetunion hat nur ihre Taktik, nicht aber ihre Ziele geändert. Entspannung und Kooperation bei den Rüstungskontrollverhandlungen sind lediglich andere Mittel des aggressiven Kampfes um politischen Einfluss. Dahinter steht die Absicht, den Westen sich in Sicherheit wiegen zu lassen, seine Abwehrkraft zu lähmen, um dann danach das wahre Gesicht zu zeigen. Dementsprechend sollen auch die Streitkräfte des Warschauer Paktes ausgerüstet sein. Aufgrund ihrer Fähigkeiten, ihrer Zahl und ihrer Qualitäten bedrohen sie das freie Europa mit Kräften, die bei weitem das Mass dessen übersteigen, was für eine Verteidigung des eigenen Raumes notwendig wäre.

## Warschauer Pakt – Garant des Friedens

Die Behauptung, der Osten bedrohe den Westen, ist der Propaganda der Kapitalisten entnommen. Denn «seit den

ihren Willen auf, um ihren elementarsten Sicherheitsfordernissen zu genügen.

## Alle wollen den Frieden

Nato und Warschauer Pakt wollen nur den Frieden. Keiner scheint den anderen zu bedrohen. Nato und Warschauer Pakt kämpfen zwar, nämlich für den Weltfrieden, aber sie bekämpfen sich nicht: sie verteidigen sich bloss. Also *Verteidigung* des Ostens gegen die *Verteidigung* der Nato!

Die Terminologie verbaler Nichtbedrohung ist bereits in den normalen Sprachgebrauch eingedrungen. Die Behauptung westlicher Militärs: «Die Verteidigungsausgaben des Ostens steigen stärker an als die Verteidigungsausgaben des Westens» lassen Redaktoren unkommentiert in ihren Zeitungen drucken.

Obwohl gebunden durch Verträge, die einen Verzicht auf den Einsatz jeder militärischen Gewalt fordern (KSZE), oder die vorschreiben, «zwischenstaatliche Streitigkeiten auf friedlichem Wege zu schlichten (UN-Charta Art. 2), versuchen die Staatsmänner, die ungeheuren Rüstungsausgaben damit zu begründen, dass jede eventuelle militärische Bedrohung des anderen durch eigenes Militär abzuschrecken sei.

## Frieden mit Atomwaffen

Es ist deshalb nicht erstaunlich, dass gemeinsame amerikanisch-sowjetische Aufrüstungs- und Abschreckungsverhandlungen erfolgreich verliefen. Beginnend mit der Moskauer Pugwash-Konferenz vom Dezember 1959, versuchten amerikanische Experten nicht nur ihre eigene militärische Führung, sondern auch die der Sowjetunion von der Möglichkeit der Stabilisierung des Weltfriedens durch Atomwaffen zu überzeugen. Ihre Argumentation war so einleuchtend,

## Atomgesetzrevision:

# Scheinlösung für Atomkraftwerke

Von Georg Hodel

**Ganz gleich, ob die Teilrevision des Atomgesetzes am 20. Mai vor dem Schweizer Souverän bestehen kann oder nicht, die wesentliche energiepolitische Entscheidung ist mit Ablehnung der Atomschutzinitiative bereits zugunsten der Atomwirtschaft gefällt worden. Das neue Atomgesetz hält denn auch den Ansprüchen einer Energiepolitik nach dem erklärten Ziel «So wenig Atomkraftwerke wie möglich» (Willi Ritschard) in keiner Weise stand.**

Bei der näheren Betrachtung des vorliegenden Gesetzeswerkes wird zunächst auffallen, dass durch die Neuregelung die bestehenden und im Entstehen begriffenen Atomanlagen in keiner Weise betroffen werden. Ganz im Gegenteil, die mit dem neuen Gesetz verbundenen Übergangsbestimmungen erleichtern sogar den weiteren Ausbau der Atomenergie. Für die geplanten Atomanlagen, welche bereits über eine Standortbewilligung verfügen (Kaiseraugst, Graben und Verbois), ist nämlich ein *abgekürztes Bewilligungsverfahren* geschaffen worden, welches neuerdings dem A-Werk-Betreiber sogar erlaubt, *Landeneignungen* vorzunehmen. Auch die für die Bevölkerung so wichtige *Sicherheitsfrage* wird durch das neue Gesetz nicht berührt. Kein Wunder also, dass die Gesetzesrevision weitgehend im Interesse der Atomwirtschaft liegt.

## Die Taktik der Gesetzesrevision

Seit Beginn der siebziger Jahre wurde die Revision des Atomgesetzes von 1959 verlangt, aber erst als im April 1975 Kaiseraugst besetzt wurde, sah sich der Bundesrat veranlasst, die längst geplante Revision ins Auge zu fassen. Die Kommission für die Erarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption (GEK) und die *Natura*, jene Gesellschaft, die das Atomkraftproblem lösen soll, sind damals eingesetzt worden.

Diese Institutionen erwiesen sich aber als zu wenig öffentlichkeitswirksam, um die Lancierung der *Atomschutzinitiative* zu verhindern. Die *Atomgesetzrevision* wurde unumgänglich. Mit nur einer Gegenstimme verabschiedete der Nationalrat in der letzten Sommeression die Teilrevision des Atomgesetzes. Damit wurde der Atomwirtschaft ein wichtiges Kampfmittel in die Hand gegeben: Mit dem Argument, die Atomgesetzrevision erfülle die wichtigsten Forderungen der Atomschutzinitiative, gelang es den Atomstrategen, das Volksbegehren erfolgreich zu bekämpfen.

## Spaltung der Atomkraftgegner

Mehr noch, das bis zur Atomschutzinitiative geschlossene Lager der Atomkraftgegner ist aufgebrochen. Der

## Vernichtung teuer bezahlt

Die Rüstungskosten auf der ganzen Welt haben eine Gesamtsumme von 400 Milliarden Dollar im Jahr erreicht. Das bedeutet, dass die Staatsmänner aller Länder der Welt in jeder Minute fast 1 Million Dollar für Waffen und Soldaten ausgeben. Die Schweiz beteiligt sich an dieser Summe mit etwa 6000 Franken je Minute (Bundesausgaben für Landesverteidigung 1978: 3.146 Milliarden Franken).

26 Millionen Männer und Frauen, die auf der Welt in militärischem Dienst stehen, arbeiten ständig daran, sich gegenseitig umzubringen. 60 Millionen Menschen sind direkt oder indirekt mit Rüstung beschäftigt. Fast die Hälfte aller Techniker und Wissenschaftler auf der Welt arbeitet für die Rüstungsforschung.

In den Arsenalen der Staaten dieser Erde haben sich Waffen angesammelt, die ausreichen, das Leben eines jeden Menschen mehrere Male zu vernichten. Jede grössere Stadt der Erde kann heute siebenmal total zerstört werden. Die militärische Rüstung hat Ausmasse erreicht, die selbst das «Megaton» gewohnte militärische Vorstellungsvermögen zu überschreiten beginnt.

Druck zur erfolgreichen Abschlussung von Abrüstungsverhandlungen fehlen. Voraussetzung für einen Wechsel von der Politik der Macht zu einer Politik des Friedens ist die Entmachtung des Militärs. Darüber wird jedoch in Genf nicht diskutiert. Verhandlungen dürften deshalb auch in Zukunft nicht zum Abbau des militärischen Potentials führen. Die Abrüstung der Vernichtungsmaschinerie muss durch andere Methoden erzwungen werden.

Nur eine auf wirkliche Sicherheit bedachte Öffentlichkeit wird verhindern können, dass Präsidenten, Minister und Bundesräte gemeinsam mit ihren Militärs weiterhin Entscheidungen treffen, die dem Frieden nicht dienen und die Kriegsgefahr zwischen den Völkern ständig erhöhen. Der Wille zur Abrüstung verlangt ein aktives Handeln gegen die Forderungen des Militärs von jedem Bürger in Ost und West. Seine Entschlossenheit zu einer echten Abrüstung entscheidet heute über ein Überleben in Sicherheit von morgen.

*Schweizerische Gewerkschaftsbund, die SPS, die PDA sowie die bürgerlichen Parteien befürworten die Revision. Das inzwischen von SP-Politikern dominierte Nordwestschweizer Aktionskomitee (NWA), welches zusammen mit der Nationalen Koordination der Atomkraftgegner (NK) das Referendum gegen das neue Atomgesetz ergriffen hatte, beteiligt sich nun nicht am Abstimmungskampf. Die Atomgesetzrevision wird also nur noch von der NK (der eigentlichen Dachorganisation der Atomkraftgegner), den POCH, dem PSA und der RML aktiv bekämpft.*

Das grossangelegte Spaltungsmanöver der Atomkraftbefürworter scheint zu funktionieren. Obwohl der trügerische Charakter der Atomgesetzrevision durch deren auf Ende 1983 befristete Gültigkeit nur unterstrichen wird, ist leider zu befürchten, dass der auf diese Weise verunsicherte Stimmbürger vollends seine Orientierung verliert.

## Atom-Initiative

# Die Mehrheit wollte Ja sagen!

rk. Eine Analyse der Abstimmung über die Atom-Initiative hat ergeben, dass die Mehrheit der Stimmenden die Initiative an n e h e n wollte. Aus Unkenntnis über die genaue Frage-Formulierung haben 15% der Nein-Stimmer irrtümlich Nein zur Initiative gesagt, wollten also ein Nein zu Atomkraftwerken sagen. Umgekehrt geirrt haben sich nur 4% (Ja-Stimmer, die Nein sagen wollten), der Unterschied liegt also bei 11%. Das heisst, dass die Initiative, welche an 51,2% Nein-Stimmen scheiterte, eigentlich angenommen worden ist.

Dieses bedrückende Resultat ermittelte eine Arbeit der Schweiz. Gesellschaft für praktische Sozialforschung und des Forschungszentrums für Schweiz. Politik der Uni Bern (Vox-Analyse). Wörtlich: «Was die absoluten Stimmzahlen betrifft, ist die Atominitiative so ohne Zweifel u. a. an diesem Irrtum gescheitert.»

## das konzept Tip

### Anti-Militär-Kampagne

Wir wissen es: Die Militärausgaben steigen laufend (beantragter Rüstungskredit 1979: 1.44 Milliarden Franken), gespart wird bei den Sozialausgaben. Die Armeelobby scheut keine Mühe, grossprurig die Trommel zu rühren, um dem Volk ihre Vorstellungen der idealen Armeeeinzuhämmern (z. B. Seethaler-Festspiele). Dieser Offensive muss man sich entgegenstellen. Der *Schweizerische Friedensrat* schlägt eine breit angelegte Kampagne für Einsparungen beim Militär, für die Verminderung der Rüstungsausgaben, für Alternativen zur militärischen Landesverteidigung vor. Ausserer Rahmen sieht er eine Volksinitiative für demokratische Kontrolle der Rüstungsausgaben – mit dem Ziel, militärische Anliegen an die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Friedensrat lädt zu einer Vorbereitungsitzung ein, an der auch diskutiert werden soll, ob eine Volksinitiative das geeignete Mittel der Öffentlichkeitsarbeit ist.

Die Diskussion findet statt: Am Samstag, 12. Mai, 15 bis ca. 17.30 Uhr, im Volkshaus Bern, Zeughausgasse 9, Saal 4. Diskussionsunterlagen können beim Schweizerischen Friedensrat, Postfach 3185, Tel. (01) 242 93 21, bestellt werden.